

Münsters Arbeitslosenzzeitung 5/96
19. Dezember '96 - 10. Februar '97

**PREIS-
RÄTSEL**
für Kinder
+ Erwachsene

SPERRE

umsichtig unberechenbar umsonst



Lk. Daumen	Lk. Zeigefinger	Lk. Mittelfinger	Lk. Ringfinger	Lk. Kleinfinger

Delikt:
Arbeitslos

«AktENZEICHEN XY - arbeitslos» meldet Rekord:
**MEHR ALS 4 MILLIONEN
UNTÄTER BEREITS ERFASST**



Liebe Leserin, lieber Leser,

in der letzten Ausgabe der SPERRE (4/96) hatte ich in einem kleinen Hinweis auf ein Faltblatt zur Existenzgründung geschrieben, daß Arbeitsamt und Arbeitsmarkt für Arbeitslose nichts anderes im Angebot haben als Trainingsmaßnahmen. Aus dem Arbeitsamt bin ich darauf angesprochen worden.

Das war natürlich überspitzt und stimmt nicht. Das Arbeitsamt ist auf weiter Flur immer noch der mit Abstand wichtigste Finanzier der Arbeitsförderung. Aber der Rückzug aus der Verantwortung für Vollbeschäftigung und Arbeitsförderung nimmt immer deutlichere Züge an: bei neuen Formulierungen im Gesetz und ebenso bei mehr oder weniger plötzlichen Einsparungen. Die Zeiten werden härter. Durchbeißen ist angesagt.

Durchbeißen ... bei der Bewerbung mit 200 Mitbewerbern um eine Stelle.

Durchbeißen ... vielleicht erst mal befristet und auch nur für 80 % Lohn und unbezahlte Überstunden, es kann eventuell ja was draus werden.

Durchbeißen ... nachdem eine lang geplante und mündlich zugesagte Umschulung kurz vor Start eingespart wird.

Durchbeißen ... nach Kürzung der ohnehin schon recht kurzen Arbeitslosenhilfe.

Durchbeißen ... wenn einem das Geld für den Eigenanteil beim Zahnersatz fehlt.

Durchbeißen ... in der Arbeitstrainingsmaßnahme, nach dem Motto: wenn schon keine Arbeit, dann wenigstens so tun wie arbeiten. Wichtiger als Arbeitsprozeß und -ergebnis ist die Stechuhr am Anfang und am Ende.

Durchbeißen ... im Arbeitsamt: die Reise nach Jerusalem, jedes Jahr zehn Stühle weg. Das hebt das Arbeitsklima und befreit die Beratung von überflüssigen Ballaststoffen.

Durchbeißen ... in der Arbeitslosenberatung: Welche Vorschrift gilt noch? Oder laut welchem Sparpaket sollte welche Förderung wegfallen?

Harte Zeiten, da heißt es: *durchbeißen ... oder einstippen.*

A. Voskamp

(Arnold Voskamp)

DRAUSSEN VOR DEM TÜRCHEN

A.L.F. ARBEITSLOSE LEBENSFORM



KNEIPE

FRAUENSTR. 24



DURCHGEHEND
TÜRKISCHE KÜCHE
AUCH ZUM MITNEHMEN!

MO-FR VON 9.30-1 UHR
SA UND SO VON 12-1 UHR



Süddeutsche Zeitung
Täglich!
Wirkt ungemein
belebend.

SEITE

Münster und drumherum URBI ET ORBI / LESER(INNEN)BRIEFE	4
Aktenzeichen XY – arbeitslos MACHT ARMUT KRIMINELL?	6
Sozialmißbrauch DIE TAT UND IHRE TÄTER	8
INFOS-RECHT	9
FRIST VERSTRICHEN – WIDERSPRUCH Adé?	10
Wenn Sie eine fragen wollen, die etwas davon versteht: Feminine Seiten – ist doch klar FRAUENGESCHÄFTE BIETEN AN	11
Maßanzüge gegen Arbeitslosigkeit MAATWERK – ARBEIT NACH MASS	12
Natürlich ist Vollbeschäftigung möglich: bei 35 % Wachstum ANDERE WELTEN	14
Münsters Frauen zeigen sich FRAUENBÜNDNIS GEGEN SOZIALABBAU	15
Sam Sperre ermittelt: DER ZAUBERBERG, TEIL III	16
Münsters erste Adresse für straffällige junge Menschen ViP-LOUNGE, TIBUSSTRASSE	18
Auf der SPERRE-Couch: Interview mit Weihbischof Ostermann über Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, MÜNSTER-PASS, Gott und die Welt PHANTASIE UND GERECHTIGKEIT	20
Kapitaler Kollaps bei LOWI e.V. DAS „CREUTZ“ MIT DEM GELD-SYSTEM	24
RÄTSEL	25
Rätselgeschichten für kleine Leute KINDER, KINDER KALTE FREUNDE	26
Tips aus der Anwaltspraxis LIEBLING, KREUZVIERTEL	27

Impressum

Herausgeber:

Arbeitslose brauchen Medien
(AbM) e. V., Achtermannstraße 7,
48143 Münster

Telefon: 0251/51 11 21

Fax: 0251/47 9 14

Redaktion:

Dirk Nothnagel (nodi), Uwe
Wiedenstried, V.i.S.d.P. (uwi),
Ulrich Wieners (uli)

Mitarbeit:

Norbert Attermeyer (noa), Maria
Hamers, Anne Neugebauer,
Wilhelm Achelpöehler, Arnold
Voskamp (avo)

Layout:

Uwe Wiedenstried

Satz:

Norbert Attermeyer, Maria Hamers

Fotos:

Uwe Wiedenstried, Dirk Nothnagel

Karikaturen:

Frank Hegemann

Anzeigen und Spenden:

Claude Delattre, Ulrich Wieners,
Maria Hamers, Uwe Wiedenstried

Druck: Lensing-Wolff

Auflage: 10.000

Bankverbindung/

Spendenkonto:

BfG-Bank
BLZ 400 101 11
Kto. 1021213400

LeserInnenbriefe an den Herausgeber. Wir freuen uns über jede
Zuschrift. Das Recht zu kürzen
behalten wir uns vor. Namentlich
gekennzeichnete Artikel geben
nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion wieder. Das Urheber-
recht für die Beiträge liegt bei den
AutorInnen.

Anzeigenpreisliste vom 26.6.1995
Nächste Ausgabe: 10.02.1997



Freude über fertiges Werk: Tatjana Smulski (Nat. Netzwerk Älterer Frauen), Ines Holthaus (Tiere des Fammes), Anne Neugebauer (S-218-Gruppe), Prof. Dr. Maria Thiele-Wittig (Int. Verband f. Hauswirtschaft), Marianne Hopmann (AG Sozialdemokr. Frauen). Foto: Nothnagel

Münsters Frauen mahnen Umsetzung Pekings an

Das Bündnis münsterischer Frauen legte jetzt die Dokumentation seiner Ausstellung und Vortragsreihe zur 4. Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking vor. 76 Seiten im DIN A4-Format führen alle Themen der sommerlichen sogenannten „Follow-up“-Veranstaltungen (s. SPERRE 4/96, Nov./Dez.) zu den Tagungen sowohl der offiziellen UNO- als auch der Nichtregierungs-Delegationen in Bildern und Texten vor Augen. Die kritische Bestandsaufnahme zum „Nachhausestragen“ der Pekinger Ergebnisse ist für 12 DM erhältlich bei: Schwarze Witwe – Autonome Frauenforschungsstelle –, Achtermannstr. 10-12, 48143 Münster, Tel. 51 11 95. nodi

LESERBRIEF

MOBBING UND SPERRZEIT

Ich habe heute erstmalig eine Zeitung von Euch gelesen und zwar mit Begeisterung. ... Ich besaß bisher drei Stellen, die ich selber kündigte. Dabei bekam ich niemals eine Sperre. Eine Stelle kündigte ich wegen „Mobbing“. Mobbing ist aufgrund seiner Folgerungen ein Kündigungsgrund!

Wenn der Gemobbte morgens das Frühstück nicht mehr herunterkriegt, weil ihm das Wasser bis zum Hals steht bei dem Gedanken an das miese Klima im Betrieb. Daraus erfolgt übermäßige Aufregung im Straßenverkehr zum Arbeitsplatz! Der Beschäftigte ist also nach der StVO nicht verkehrstüchtig. Folge: Unfälle auf dem Weg zur Arbeit. Diese Übernervosität erhöht auch das Unfallrisiko am Arbeitsplatz. Außerdem ist der Gemobbte nebenbei krank und muß daher ‚arbeitsunfähig‘ geschrieben werden. Dabei sollte sich der Gemobbte beim Arzt auf zu hohen Adrenalin Spiegel u. a. untersuchen lassen. Bei der medizinischen Betreuung kann es zur Medikation mit Psychopharmaka kommen, die eine Langzeitwirkung haben. Diese Beruhigungsmittel können ein spontanes Einschlafen verursachen, was die Arbeitsunfähigkeit verlängert. Hat der Gemobbte erst mal psychische Schäden, dann ist es mit der Arbeit sowieso vorbei. Die Behandlung ist langwierig.

Fazit: Ist erstmal ein Krankenschein beim Arbeitgeber abgegeben, dann wird es teuer für den Arbeitgeber, wenn er Krankengeld zahlen muß. Bei Gelegenheit wird der Arbeitgeber kündigen.

Mobbing verursacht also eine indirekte Gefährdung der Arbeitssicherheit und Krankheiten. Das sind allemal Kündigungsgründe, die keinesfalls zu einer Sperre (des Arbeitslosengeldes; Die Red.) berechtigen.

So habe ich meine Kündigung niedergelegt begründet. Ich bekam sogar einen Vorschuß und Unterstützung von Beginn an.

Die nächste Stellung werde ich nicht wegen Mobbing kündigen. Dafür werde ich krankfeiern, bis der Arbeitgeber Krankengeld zahlen muß. Dann bekomme ich nicht die wenige Unterstützung vom Amt, sondern den vollen Lohn ggf. als Krankengeld. Irgendwann wird der Arbeitgeber von sich aus kündigen.

Daß Mobbing ein Kündigungsgrund ist, der keine Sperre mit sich bringt, weiß das Arbeitsamt selber. Denn das Amt soll sich mal an seine eigenen Einrichtungen wenden, nämlich an den Amtsarzt und den psychologischen Dienst. Dann werden sie die gleichen Feststellungen machen, wie ich sie beschrieben habe.

Bitte geben Sie meine Adresse an die Betroffenen weiter. Dann möchte ich mit jedem Betroffenen gegen das Arbeitsamt Hamm klagen. ...

(Das Arbeitsamt Hamm zahlt Menschen, die wegen Mobbing ihre Stelle kündigen, zwölf Wochen lang kein Arbeitslosengeld. Die Red., vgl. SPERRE 4/96)

Erwin Goetsch, Vorstandsvorsitzender im BAB e. V., Beckum, Hugo Bröcker Str. 17, 59067 Hamm

Nur Dieckstraße 73-75 DIE MÖBELRAMPE

Ist eine Einrichtung zur beruflichen und sozialen Integration von Nichtseßhaften, Haftentlassenen und Alkoholikern.

Auch Sie können uns unterstützen

- durch Spenden
von Möbeln, Elektrogeräten, Trödel,
Hausrat aller Art*.
- durch Kauf
denn die Sachkosten, also Miete, Telefon,
Material, Fahrzeugkosten usw. müssen wir
selber aufbringen.
- durch Mitarbeit
wenn Sie Engagement und handwerkliches
Geschick mitbringen.

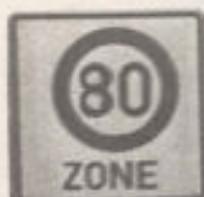
* Auch komplette Haushaltsauflösungen, z.B. im Todesfall, werden von uns abgewickelt.

Wenn Sie Fragen haben, rufen Sie uns an.
Wir stehen Ihnen gerne Rede und Antwort.

Telefon (02 51) 2 30 11 55

WENIGER ABM – WENIGER GELD

Neue ABM-Regelung: ab 1. April '97
20 % unter Tarif



Nur noch 80 % des
Tariflohns für ABM-Kräfte
- Die regierungsamtlichen
Rechtsabzieger betreiben
Lohnrückerel
Foto: Nothmager

Der Bundesrat hat den ersten Entwurf des Arbeitsförderungsreformgesetzes (AFRG) zwar einstimmig abgelehnt, trotzdem sollen einige Regelungen, die nicht zustimmungspflichtig sind, zum 01.04.97 wirksam werden. Hierzu gehört auch das neue Recht für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM).

Ab diesem Zeitpunkt (01.04.97) werden ABM nur noch mit 80 Prozent des tariflichen Lohns vergütet. Die untertarifliche Bezahlung für Arbeitslose wird so weiter verschärft.

Als Zugangsvoraussetzung für ABM gilt weiterhin, daß der Arbeitslose Leistungen vom Arbeitsamt bezieht und langzeitarbeitslos ist. Langzeitarbeitslos heißt: Mann/Frau muß mindestens zwölf Monate arbeitslos gewesen sein innerhalb der letzten 18 Monate vor der Zuweisung.

Unter bestimmten Umständen gibt es Ausnahmen für diejenigen ArbeitnehmerInnen,

- ◆ deren Beschäftigung als Anleitungs- oder Betreuungskraft für die Durchführung einer Maßnahme erforderlich ist oder
- ◆ die bei Beginn von Arbeiten- und Lernen-Maßnahmen (Hauptschulabschluß) das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und keine abgeschlossene Berufsausbildung haben oder die
- ◆ wegen der Art und Schwere ihrer Behinderung nur durch Zuweisung in die Maßnahme beruflich stabilisiert oder qualifiziert werden können.
- ◆ ArbeitnehmerInnen, die die grundsätzlichen Zuweisungsvoraussetzungen nicht erfüllen, dürfen darüber hinaus nur zugewiesen werden, wenn dadurch fünf Prozent der im Haushaltsjahr zur Verfügung stehenden ABM-Mittel nicht überschritten werden.

Gerade die letztgenannte Regelung wird in Münster aufgrund der hohen Akademikerarbeitslosigkeit zu besonderen Problemen führen. Die Möglichkeit, mit Hilfe von ABM einen Berufseinstieg zu finden, ist für diesen Personenkreis nahezu verbaut.

Wie oben schon erwähnt gibt es in ABM zukünftig nur noch 80 Prozent des Tariflohnes. Darüber hinaus gibt es noch eine Obergrenze, bis zu der überhaupt Tarife berücksichtigt werden. Diese Obergrenze liegt für das Jahr 1997 bei 4956,- DM. Umgekehrt gibt es auch eine Untergrenze, ab der wieder 100 Prozent gezahlt wird. Allerdings beläuft sich diese Untergrenze in '97 bei einem Bruttogehalt von 2065,- DM.

Für ABM, die bereits jetzt auf 90 Prozent des Tarifs gekürzt sind und die ab dem 01.04.97 verlängert werden sollen, gilt folgende Regelung: es wird nur noch 90 Prozent des bereits auf 90 Prozent gekürzten Lohnes gefördert.

LESERBRIEF

RUHE VOR DEM STURM?

Auf zwei schriftliche Anfragen an das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung in Bonn erhielt ich folgende Antworten:

Frage: „Kann die Arbeitslosenhilfe bei einem Arbeitslosen, der das 58. Lebensjahr vollendet hat, noch gekürzt werden?“

Antwort: „Das Bemessungsentgelt der Arbeitslosenhilfe darf nicht mehr abgesenkt werden, wenn der Arbeitslose das 58. Lebensjahr vollendet hat (§ 136 2 c AFG). Die Regelung gilt auch für die Neufassung von § 136 2 b AFG.“

Frage: „Trifft das kürzlich von der Bundesregierung verabschiedete Gesetz über die Kürzung bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auch die Arbeitslosen? Wird das Arbeitslosengeld oder die Arbeitslosenhilfe im Krankheitsfall (Krankenhaus- oder Klinikaufenthalt) in den ersten sechs Wochen ebenfalls um 20 Prozent gekürzt?“

Antwort: „Die Regelung, nach der ein arbeitsloser Arbeitnehmer seinen Anspruch auf Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe für die Zeit der mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Erkrankung bis zu einer Dauer von sechs Wochen nicht verliert, hat ihre Grundlage nicht im Entgeltfortzahlungsgesetz. Zweck der Regelung ist es, für Zeiten der mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Erkrankung arbeitsloser Leistungsempfänger, dies sich oftmals nur auf kurze Zeiträume beschränken, einen Wechsel der Träger der Sozialleistungen (Arbeitsamt/Krankenkasse) zu vermeiden. Eine Absenkung des Arbeitslosengeldes für Zeiten der Leistungsfortzahlung im Krankheitsfall ist deshalb nicht vorgesehen.“

Zur letzten Antwort aus dem Ministerium ist noch zu sagen: Es ist doch schon bemerkenswert, daß die Herren Blüm, Kohl und Waigel diese Einsparmöglichkeit bei den Arbeitslosen nicht genutzt haben. Sollte ihnen gar der „Spürsinn“ für das Abzocken bei den Arbeitslosen entgangen sein? Oder haben vielleicht nur ihre Berater geschlafen? Oder aber ist dies der Beginn einer wundersamen Kehrtwendung in Sachen Sozialabbau? Zu wünschen wäre es ja. Ich glaube aber, daß dies die Ruhe vor dem Sturm ist.

... Übrigens, herzlichen Glückwunsch zum neuen Outfit der SPERRE.

Ganz hervorragend.

Herbert Elsner, Pohlstraße 9a, 48366 Laer



Die neue Kneipe
am Kreisverkehr

ALmeria

Sektfrühstück

Sekt, Orangensaft,
Kaffee, 2 Brötchen,
Kochschinken, Käse, Ei,
Marmelade, Butter,
Tomate & Gurke

zum absoluten Sparpreis
von nur 9,80 DM !!!

Kneipe
spanische Küche
Sektfrühstück
Mittagstisch
Bierassort

täglich
geöffnet von
10.00 - 1.00 Uhr

Von-Kluck-Straße 15 • 48151 Münster

Tel.: 0251 / 52 35 82

... am Kreisverkehr neben
dem Sportzentrum Pro Vital


 EIN DÜSTERES KAPITEL?

Arbeitslosigkeit macht arm

MACHT ARMUT KRIMINELL?

Justizvollzugsanstalt in der Gartenstraße bei Nacht
Fotos: Noltingel

„Arbeitsloser steckte Haus an.“

So oder ähnlich drängen sich gern die Schlagzeilen aus der Rubrik „Vermischtes“ auf.

Armut, Arbeitslosigkeit und Wohnungslosigkeit nehmen zu.

Viele Menschen sprechen davon, daß sie sich bedroht fühlen.

Die Sicherheitsbranche boomt als eine der wenigen Wirtschaftssektoren.

Aber ist Armut eine Kriminalitätsursache?

Kriminalitätstheorien gehen davon aus, daß die Lebensumstände wesentlich dazu beitragen, wenn Menschen von den sozialen Normen abweichen und mit dem Gesetz in Konflikt kommen.

Vor ein paar Monaten berichteten verschiedene Blätter, z. B. Die Welt oder GIB-Info, Arbeitslosigkeit

generell solle keinen besonderen Einfluß auf Straffälligkeit haben, Langzeitarbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit dagegen doch.

Das Landeskriminalamt rät uns jedoch auf Nachfrage, nicht an diese Aussagen zu glauben: Sie seien mit Zahlen so nicht zu belegen.

Differenzierter hat sich die Bundesarbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe (BAG-S) im März 1996 mit der Frage auseinandergesetzt.

Sie sagt nicht pauschal „Armut macht kriminell“.

Armut ist vielschichtig, äußert sich bei dem einen so und bei der anderen so, im Verlust des Arbeitsplatzes oder der Wohnung, in der Überschuldung oder darin, mit gesellschaftlichen Institutionen und mit Sozialleistungen nicht umgehen zu können.

Heftiger werden die finanziellen und sozialen Folgen, wenn mehrere

Probleme zusammenkommen.

Mit zunehmender Arbeitslosigkeit und Verarmung steigt auch der „Druck der Lebensumstände“.

Das kann zu abweichendem, eben auch kriminellen Verhalten führen.

WEISSE KRAGEN CONTRA LEERE TASCHEN

„Armentypische“ Vergehen unterscheiden sich von „Weiße-Kragen-Delikten“:

Wer üblicherweise vom Chauffeur gefahren wird, läßt sich kaum beim Schwarzfahren packen.

Erwischt werden dagegen besonders häufig Wohnungslose (16 % der Verdächtigen).

Wer als sogenannter „Wirtschaftsflüchtling“ eine neue Heimat ohne Not sucht, wird dort eher mit dem Ausländerrecht in Konflikt geraten als einer, der es sich in seinem Vaterland gut gehen lassen kann.

22 % der Verdächtigen in dieser Sparte hatten keinen festen Wohnsitz.

Die drastische Zunahme der Diebstahlskriminalität unter jungen Menschen bringt die BAG-S damit in Zusammenhang, daß zunehmend Kinder und Jugendliche verarmen.

Sie nehmen ihre Armut nicht passiv hin, sondern suchen aktiv ihre „Unterversorgung“ zu beseitigen.

Klar dagegen:

Wer sich alles kaufen kann, hat eher Angst, das Gekaufte durch Klauen zu verlieren.

So jemand wird andererseits vorzugsweise beim vorgetauschten Versicherungsfall erwischt.

DER LEICHTE WEG LOCKT IN DIE IRRE

Die kontrollierenden Augen des Gesetzes richten sich stärker auf armentypische Vergehen als auf „Kavaliersdelikte“.

Arme Personengruppen (Wohnungslose, Ausländer oder Bewohner verrufener Stadtviertel) unterliegen daher erheblich stärkerer Überwachung als Wohlhabende.

Hinzu kommt: Steuerhinterziehung, Versicherungsbruch oder Umweltkriminalität – als komple-

xere Vergehen – sind erheblich schwerer zu ermitteln und zu bestrafen als Diebstahl oder Raub. Und für den Nachweis von Bestechung, Wirtschafts-, Steuer- oder Devisenvergehen benötigen die Strafverfolger größere Abteilungen gut ausgebildeter Fachkräfte.

Armenspezifische Delikte gelten als schlimmer. Zu unrecht: Die materiellen Schäden durch Diebstahl und andere armentypische Delikte bleiben meist relativ gering. Allerdings lassen sie sich relativ einfach „abstrafen“: Das Delikt liegt auf der Hand und läßt sich ohne bohrende Zweifel und Differenzierungen als „sozial-schädlicher Übergriff“ brandmarken.

Die Schäden durch Wirtschaftskriminalität sind weitaus größer. Trotzdem wird ein Geschäft, das „unter der Hand“ ohne Umsatzsteuer an den Büchern vorbei läuft, das Manipulieren einer Steuererklärung oder das „Anpassen“ der Tatsachen einer Schadensmeldung an die Versicherungsbedingungen als Kavaliersdelikt gehandelt. Gipfel der Groteske: Aufwendungen für Bestechungen las-

sen sich sogar steuermindernd geltend machen – selbstredend nur, damit dem Fiskus nichts entgeht.

VERFAHREN MIT VERFAHRENE FOLGEN

Kriminalität macht arme Täter noch ärmer: Strafen setzen bei ihnen eher ein und treffen sie härter.

Wenn sich im Bereich von Verdacht und Kontrolle schon einige Gründe feststellen lassen, wie Armut den Kriminalisten auffällig wird, so setzt sich das im Strafverfahren selbst fort. Wer einen festen Wohnsitz hat, wird eher laufen gelassen als ein Wohnungsloser. Wer mit Institutionen kompetent umgehen kann, vermeidet Armut leichter und kann in Konflikten mit dem Staatsanwalt erfolgreicher verhandeln.

Hat man Geld, kann man Kautiolen zahlen oder auch eine Buße oder Geldstrafe – Verurteilung oder gar Haft sind leichter zu vermeiden.

Die Bilanz am Ende der Haft: 90 % der Entlassenen sind arbeitslos, drei Viertel sind mehr oder weniger hoch verschuldet, die Hälfte hat keine Wohnung. Bestrafung verschlimmert in aller Regel die Problemlage, einschließlich der der Angehörigen.

Es mußte schon ein Glücksfall sein, wenn die sozialen Bedingungen und die erwünschten sozialen Kompetenzen sich mit der Entlassung verbessert hätten.

BETTEL-BANN ALS ARMUTSZEUGNIS

Wenn Armut schon nicht kriminell macht, machen wir zumindest Arme kriminell – das dürfte das Motto sein, unter dem Münster gleich anderen Städten das Betteln unter Strafe stellte. Dieses drastische Verbot aus der falschen Kiste „Hilfe zur Selbsthilfe“ mußte der Rat dann doch wieder kippen. Über weitere Aktionen zur Humanität ist nichts bekannt.

Fazit: Zwar gibt es Beziehungen zwischen Armut bzw. Arbeitslosigkeit und Kriminalität – einen direkten ursächlichen Zusammenhang wird man jedoch nicht herstellen können. Wem da wohl alles sein einfach geschustertes Weltbild zusammenbricht?



Sozialmißbrauch – die hohe kriminelle Kunst der Arbeitslosen

DIE TAT UND IHRE TÄTER



Nummer 3? – Sie sind sich zweifellos sicher, daß es Nummer 3 war, der Sie um Ihr Arbeitslosengeld betrogen hat? Karikatur: Hegemann

Die Kosten der Arbeitslosigkeit wachsen der Gesellschaft und den BeitragszahlerInnen angeblich über den Kopf. Nachdem sich die Massenarbeitslosigkeit verfestigt hat und das Arbeitsamt ihrer nicht mehr Herr wird, nimmt es sich unter dem Stichwort Sozial- oder Leistungsmißbrauch verstärkt der Bekämpfung einzelner Arbeitsloser an.

Sozialmißbrauch ist, wenn der ordentliche Mitbürger sich zur Arbeit quält und mühsam schuftet, während der Sozialbetrüger vom Arbeitsamt ohne Mühe und ohne Not Geld kassiert – so die landläufig bemühte Arbeitshypothese. Doch er steht vielleicht gar nicht der Arbeitsvermittlung zur Verfügung, weil er unangemeldet nebenher arbeitet, oder er hat wegen anderer Einnahmen die Arbeitslosenhilfe nicht nötig – und liegt auf Bali unter Palmen in der sozialen Hängematte.

STIMMUNGSMACHE MIT DRUCK

Das Arbeitsamt Münster veröffentlicht jährlich etwa zehn Zeitungsmeldungen über Sozialbetrüger oder Sozialmißbrauch. Zwar findet sich immer mal ein Nebensatz, daß der „normale“ Arbeitslose ehrlich sei. Aber aus solchen Mosaiksteinen setzt sich nur zu schnell ein Gesamteindruck mit fatalen Folgen zusammen:

Im Mai '96 fordert das Arbeitsamt zu mehr Sorgfalt bei anonymen Anzeigen wegen Leistungsmißbrauchs auf. Es bat um genaue Angaben zum Leistungsempfänger (Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift, Staatsangehörigkeit, Bezug von Sozialleistungen ...).

Im Juni '96 hat das dann auch geklappt. Ein Arbeitsloser wandert pressewirksam wegen Sozialmißbrauchs für drei Monate in den Bau: Er hatte neben seiner Arbeitslosenhilfe unangemeldet

gearbeitet. Vorher war er schon einmal zu Bewährung verurteilt worden. Neben der Haftstrafe muß er zurückzahlen: Die Summe beläuft sich auf 1 600 DM unrechtmäßig erhaltener Arbeitslosenhilfe und Krankenversicherung. Welcher andere Missetäter, schon gar kein Vermögender, würde für 1 600 DM schon in den Knast wandern?

Sozialmißbrauch ist eben das Schwerkverbrechen der Armen.

DER MINISTERIELLE MELDE-SHOWDOWN

Seit etwa vier Jahren prüft Bundesarbeitsminister Blüm unter dem Stichwort Sozialmißbrauch „engagiert“, ob gemeldete Arbeitslose überhaupt zur Verfügung stehen.

Im März '93 wurden per Schnellerlaß die Meldekontrollen verschärft. Jeder zweite Arbeitslose mußte sich dreimal so oft melden wie bisher. Es reichte nicht die einfache Anwesenheitsüberprüfung, sondern der Arbeitsvermittler mußte seine Arbeitslosen ausdrücklich dahin überprüfen, ob sie z. B. durch Schwarzarbeit nicht verfügbar wären. Andere Arbeiten wie Beratung von Arbeitssuchenden oder ArbeitgeberInnen mußten hinter diese Kontrollen zurücktreten.

Damit nicht genug: Nur wer prompt auf die amtliche Vorladung – durch eigene Boten am Nachmittag zugestellt! – zu einem derartigen „Musterungstermin“ reagierte, blieb unbehelligt. Wohlgemerkt, keine Angebote eines Arbeitsplat-

zes, sondern reine Überprüfung der „Arbeitsbereitschaft“! Seit Juli '96 ist es Gesetz, daß Arbeitslose unter Androhung von Sperrzeiten zu zweiwöchigen, ganztägigen „Maßnahmen“ verpflichtet sind, so das Arbeitsamt will. Auch die haben keinen anderen Zweck – vom arbeitsmarktpolitischen Sinn ganz zu schweigen.

KEINE ZOLLFREIE ZONE

Zur direkten Kontrolle an den Arbeitsplätzen setzt das Arbeitsamt ganz neue Verbündete ein. Die Zollfahndung verliert wegen der europäischen Einigung viele Aufgaben – in einer Art Arbeitsbeschaffungsmaßnahme betraut das Arbeitsamt nun diese Grenzwächter verschärft mit Kontrollen von Baustellen. Auch Taxistände wurden schon umstellt, um keinen Fahrer der Kontrolle entweichen zu lassen. In Kneipen müssen KellnerInnen ihren Sozialversicherungsausweis vorzeigen, bevor sie weiter bedienen. Bildungs- und Kulturveranstalter, selbst ambulante Pflegedienste müssen Listen ihrer ReferentInnen, KünstlerInnen oder HelferInnen vorlegen; gefahndet wird nach BezieherInnen von Arbeitslosengeld oder anderen Leistungen.

Auf ganz andere Art regelmäßig „entdeckt“ werden geringfügig versicherungsfrei Beschäftigte – diese müssen die Arbeitgeber einer neu eingerichteten Bundesmeldestelle übermitteln! 400

Zuständigkeit für Übernahme der Mietkosten bei Umzug

Will ein Sozialhilfeberechtigter in den Bereich eines anderen Trägers der Sozialhilfe umziehen, so ist für die Bewilligung der Kosten der neuen Unterkunft regelmäßig der dortige Träger der Sozialhilfe zuständig, für die Umzugskosten dagegen der bisherige Träger.

Oberverwaltungsgericht (OVG) Hamburg, Az.: Bs IV 302/95 uli

Sozialamt zahlt einmalige Beihilfe für Kosten zur Ausübung des Umgangsrechts

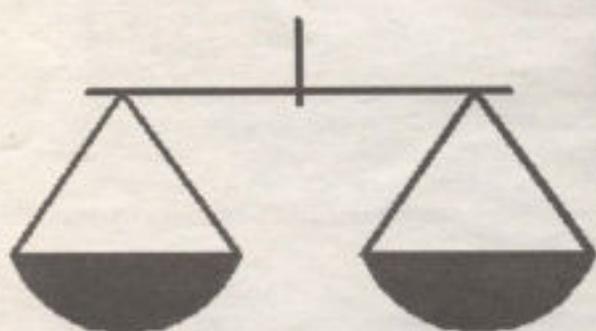
Die Ausübung des Umgangsrechts eines Geschiedenen ist ein eigenes Recht des nicht sorgeberechtigten Elternteils. Die Kosten hierfür sind nicht durch die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt gedeckt, sondern als einmalige Beihilfe vom Träger der Sozialhilfe zu übernehmen (entsprechend der familiengerichtlichen Regelung).

Verwaltungsgericht (VG) Münster, Az.: 5 L 775/95 uli



INFOS

RECHT



Rückforderung eines Sozialhilfedarlehens

Der Rückforderung eines Sozialhilfedarlehens (§ 89 Bundessozialhilfegesetz [BSHG]) steht der Einwand der unzulässigen Rechtsausübung entgegen, soweit die Darlehenssumme den Wert des vom Hilfeempfänger einzusetzenden Vermögens übersteigt.

Bundesgerichtshof (BGH), Az.: XI ZR 155/95 uli

Erziehungsbeitrag wird nicht als Einkommen auf die Sozialhilfe angerechnet

Die nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) von der Leistung zum Unterhalt des Kindes/Jugendlichen bei dessen Vollzeitspflege umfaßten Kosten der Erziehung (Erziehungsbeitrag) sind nicht als Einkommen der Pflegeperson zu berücksichtigen, wenn sie an diese ausgezahlt werden, da sie für den Unterhalt des Kindes/Jugendlichen zweckbestimmte Leistungen sind.

Oberverwaltungsgericht (OVG) NRW, Az.: 24 A 4833/94 uli

Keine vollen Beihilfen für Krankheitskosten bei Teilzeitbeschäftigten im Öffentlichen Dienst

Teilzeitbeschäftigte im Öffentlichen Dienst haben keinen vollen Anspruch auf Beihilfe bei den Krankheitskosten. Zur Begründung führte das Landesarbeitsgericht (LAG) Rheinland-Pfalz an, daß der arbeitsrechtliche Gleichbehandlungsgrundsatz es nicht gebiete, auch Ungleiches gleich zu behandeln. Daher bestehe der Beihilfeanspruch nicht in gleichem Umfang wie bei Vollzeitbeschäftigten.

Das Gericht bejahte aber einen grundsätzlichen Anspruch auf Beihilfe. Es handele sich dabei um eine Sozialleistung des Arbeitgebers, die Bestandteil der arbeitsvertraglichen Leistungspflichten sei.

LAG Rheinl.-Pfalz, Az.: 6 Sa 891/95 uli

Rechtswidrige Bescheide nachträglich kippen

Frist verstrichen – Widerspruch adé?

Manchmal gerät man unter die Räder, und man versteht nicht, daß man das einem widerfahrene Unrecht klaglos hinnehmen soll. Ein Beispiel: Knatsch im Betrieb, nicht mehr gut auszuhalten, und eines Tages sind Sie Ihren Arbeitsplatz los. Das Arbeitsamt verhängt eine Sperrzeit, und Sie sind platt wegen der Begründung. Eigentlich hatten Sie nicht das Gefühl, daß Sie Schuld sind an Ihrer Arbeitslosigkeit. Aber Sie wissen erst mal nicht was tun. Ein paar Wochen später treffen Sie einen ehemaligen Kollegen. Bei Ihrer Darstellung der Sperrzeit schüttelt der den Kopf. Er sagt, dagegen müßten Sie Widerspruch einlegen, die Tatsachen seien doch ganz anders gewesen als in der Sperrzeitbegründung. Sie gehen zum Arbeitsamt, doch dort sagt man, die Widerspruchsfrist ist abgelaufen. Können Sie jetzt noch etwas tun gegen den Bescheid?

Foto: Norfmaugel



Balancesakt auf einer Rutsche nach unten – Für 4 Millionen Arbeitslose gehören solche artistischen Einlagen zum Alltag.

Ja, Sie können. Das Sozialrecht bietet Ihnen einen Weg. Sie beantragen die Rücknahme eines rechtswidrigen nicht begünstigenden Bescheides nach § 44 SGB X (Zehntes Sozialgesetzbuch). Wenn die Behörde das Recht falsch angewendet hat oder wenn sie von einem unrichtigen Sachverhalt ausgegangen ist, dann muß der ungünstige Bescheid auch nach der Widerspruchsfrist zurückgenommen werden, auch für die Vergangenheit. Das gilt im Arbeitslosenrecht ebenso wie in der Sozialhilfe, im Wohngeld, bei Krankenkassen oder Renten und anderen Bereichen des Sozialrechts.

AUSWEG SOZIALRECHT

Sie beschreiben also ausführlich die Ereignisse aus Ihrer Sicht, legen eventuell eine Bestätigung Ihres Kollegen oder andere Beweismittel bei und beantragen, daß der alte Bescheid wegen unrichtiger Tatsachen aufgehoben wird. Dann muß das Arbeitsamt den Sachverhalt neu prüfen und eine neue Entscheidung treffen. Sollte die ungünstig sein, dann können Sie gegen den neuen Bescheid Widerspruch einlegen, und gegen einen ablehnenden Widerspruchsbescheid auch klagen.

Wer den Eindruck hat, es sei ihm von einer Sozialbehörde eine unrechte Entscheidung widerfahren, kann also dagegen etwas tun, selbst wenn die im Schreiben angegebene Widerspruchsfrist verstrichen ist ...

ARBEITSLOSENHILFE: PAUSCHALE KÜRZUNG AUF KURZEN BEINEN

Im Juli waren die Bezüge fast aller ArbeitslosenhilfeempfängerInnen um 3 % gekürzt worden. Bemerkenswert dabei: Die Rechtsgrundlage dafür war nicht gegeben – was dem Arbeitsministerium offensichtlich bekannt war. Namhafte Juristen wie der Richter am Landessozialgericht Kassel Schlegel urteilen so.

Die Ansatzpunkte für eine Korrektur der Kürzung:

◆ Das betreffende Gesetz (Arbeitsförderungsgesetz [AFG] § 242 v) hatte als Stichtag den 1. April vorgegeben. Doch gewählt wurde dann der 1. Juli, da § 242 v zum 1.4. noch nicht in Kraft war. Nachträglich, im September (!), ersetzte man im Text das frühere durch das spätere Datum – schöne Grüße aus der Bananenrepublik.

◆ Die alljährliche Kürzung (!) um 3 % soll mit der jährlichen Neubemessung auf Basis der Rentensteigerungsrate

(§ 112 a AFG) verrechnet werden. Als im Juli aber sämtliche Arbeitslosenhilfen pauschal um 3 % gekürzt wurden, unterblieb die Anpassung an diese Grundlage. Diese hätte zu jenem Zeitpunkt 3 % Plus bedeutet – und damit die Kürzung wettgemacht.

◆ Eine besondere Ausnahme sieht die Gesetzesänderung vom 27. September vor: Von der pauschalen Kürzung zum 1. Juli bleibt auf Antrag ausgespart, wer zwischen dem 1.4. und 30.6. bereits eine Minderung der Hilfe von mehr als 3 % hinnehmen mußte. Die gleiche Vorschrift bestimmt kurioserweise, daß diese Antragsmöglichkeit denen verwehrt bleibt, die zwischen dem 1.4. und 30.6.1995 (!) eine Kürzung des Bemessungsentgeltes erlitten.

Leicht zu sehen also, daß die Rechtslage alles andere als leicht ist – und rege rechtliche Aktivitäten, zu denen nicht wenige sich getrieben sehen, beschieren Arbeitsminister Blüm und den Arbeitsämtern sicher noch einige Probleme. An die hatte man in den sich überstürzenden Gesetzesaktivitäten einfach nicht denken können!

Auch hier eröffnet sich im Nachhinein, obwohl Sommer und Einspruchsfrist längst verstrichen sind, die Möglichkeit nach § 44 SGB X: Antrag auf Rücknahme eines rechtswidrigen nicht begünstigenden Verwaltungsaktes. *avo*

Branchenbuch mit
„Femininen Seiten“

FRAUEN- GESCHÄFTE BIETEN AN

Als vorweihnachtliche Überraschung präsentierte „Geld & Leben“ ein neues „Projekt zur Bereicherung von Frauen“: das erste Frauen-Branchenbuch für Münster und das Münsterland – „Very Important Businesswomen, VIB“.



Edith Hettwer (li.), Vorstand u. Dr. Dorle Weyers, Projektleiterin, von Geld & Leben e.V.

Foto: Nothnagel

Frauenbetriebe und -geschäfte sind längst keine Exoten mehr. Im Gegenteil, bei diffusen und unsicheren Berufsaussichten bietet eine Existenzgründung nicht selten eine Alternative.

Was bisher im Münsterland fehlte: Eine angemessene Plattform zur Werbung, Präsentation und – nicht zuletzt – zum Auswählen für Kund(inn)en. Das Ziel für Projektleiterin Dr. Dorle Weyers heißt folgerichtig „Geschäftsfrauen sichtbar machen“. Im Gegensatz zu den Rhein-Ruhr-Metropolen, ja selbst so gemächlichen Städten wie Minden-Lübbecke, klappte diesbezüglich eine Lücke in der Domstadt an der Aa.

Antrieb zum Frauen-Branchenbuch gab u. a. die „Nachfrage insbesondere nach Dienstleistungen von Frauenbetrieben“, beschreibt Vorstandsfrau Edith Hettwer die Wachstumsaussichten des femininen Marktes. Vorstellen kann sich z. B. fast jede(r), lieber eine Handwerksfrau ins Haus zu holen. So lohne es sich auch für Frauenbetriebe in einem größeren Umkreis, Kunden auf sich aufmerksam zu machen – oft blieben die besonders treu.

Das „VIB“-Verzeichnis steht Geschäften aller Branchen offen, deren Vermögen und Belegschaft mehrheitlich von Frauen gestellt werden. Kostenpflichtige Einträge für die zukünftig jährlich aufgelegten „Femininen Seiten“ sind von 99–800 DM (ganze Seite, DIN A5) zu haben. Die jetzt in Arbeit befindliche Erstausgabe erscheint im Mai '97 mit 10 000 Exemplaren, die kostenlos in Geschäften, Institutionen und öffentlichen Einrichtungen ausliegen sowie zielgerichtet ins Umland Münsters verbreitet werden. Sie wird etwa 250 Anbieterinnen enthalten!

Mit dem Frauen-Branchenbuch führt „Geld & Leben“ konsequent die bisherigen Aktivitäten zur Förderung geschäftstüchtiger Frauen weiter. Der gut anderthalb Jahre junge Verein unterstützt vor allem Existenzgründerinnen durch vielfältige Angebote, bietet den Arbeitskreis Freiberuflerinnen aus Geistes- und Sozialwissenschaften an und erstellt eine Studie dazu (s. SPERRE 3/96, August/September). Notwendige und vielversprechende Ansätze aus zweierlei Gründen: 1. Münster führt die Statistik arbeitsloser Frauen mit Hochschulabschluß an (ein Drittel der gemeldeten), und 2. sind Frauen mit ihren „Existenzgründungen nach Untersuchungen der Deutschen Ausgleichsbank überdurchschnittlich erfolgreich“ (Weyers). Folgerichtig auch der Schritt zur Vernetzung mit dem Anschluß an das Deutsche Gründerinnenforum (DGF). Damit immer mehr Frauen den Weg zur doppelten Bereicherung wagen können: Geld und Leben!

nodi

Infos und Bestellungen: Geld & Leben e. V.,
Neubrückenstr. 25–27, 48143 Münster, Tel./Fax (02 51) 4 60 60.

Werft doch eure Videos
einfach an die
Wand!



... mit dem Videobeamer (Sonye PLC-220 P) vom c.u.b.a.! Für eine brillante Projektion bei einer Bildbreite zwischen 40 cm und 6 m. Nutzungsgebühr 92/172/230 DM incl. PAL/SECAM/NTSC-Videorecorder! Nähere Information und Buchung bei Rosa Linse (0251/56.33.9) oder cuba-cultur (0251/54.89.2).

Rosta BUCHLADEN

Regidistr. 12, 48143 Münster,
Tel.: 0251 / 4 49 26

Sozialbüro sic

Sozialhilfeberatung im cuba

Achtermannstr. 10–12, 48143 Münster
Telefon 5 88 58

Beratungszeiten:

Offen: Di.–Fr. 9–12 Uhr, Do. auch 15–17 Uhr
Für Alleinerziehende/alleinstehende Schwangere:
Do. 9–12 Uhr

Sozialhilfesorgentelefon 4 35 44:

Mo. u. Mi. 15–17 Uhr

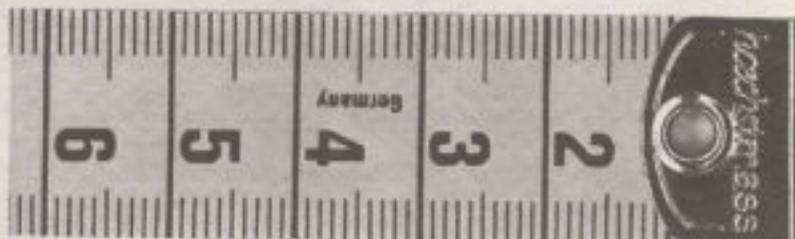
Hinweis für SozialhilfeempfängerInnen

Arbeit statt Sozialhilfe

Über das aktuelle Angebot an offenen Stellen im Landesprogramm „Arbeit statt Sozialhilfe“ informieren Sie das Sozialamt der Stadt Münster und sic, die Sozialhilfeberatung im cuba. Anrufen, oder vorbeischaun!

ARBEIT
NACH

AATWERK



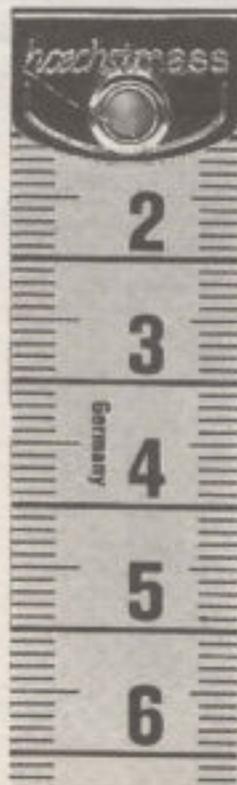
Offene Stellen? – Bei fast vier Millionen registrierten Arbeitslosen? Undenkbar. Zumindest rein rechnerisch. Aber weder ist unser Bundesarbeitsminister ein politischer (Adam) Riese, noch läßt sich ein so komplexes gesellschaftliches Problem wie Massenarbeitslosigkeit mit seinem kleinen Einmaleins aus Sozialabbau und Lohndrückerei in den Griff kriegen.

Tatsache ist: Arbeitgeber und Arbeitslose verhalten sich auch im Zeitalter von Internet, SIS*-Computer und Datenautobahn oft wie Königskinder. Sie können zueinander nicht finden.

Von 70 Prozent der freien Stellen erfährt das Arbeitsamt nie etwas, weil die Arbeitgeber sie nicht melden und nicht durch Stellenanzeigen öffentlich machen. Das behauptet zumindest die Hamburger Arbeits- und Sozialsenatorin Helgrit Fischer-Menzel. Deshalb beauftragte sie im Februar 1996 eine niederländische Agentur von „Privatschnüfflern“ mit einem besonders kniffligen Fall: Für 300 SozialhilfeempfängerInnen sollen diese Spezialisten binnen eines Jahres Arbeit finden.

Der Name der Agentur: Bureau Maatwerk; zu deutsch: Büro Maßarbeit.

Ihr Credo: Das böse Wort „unvermittelbar“ existiert nicht.

Eine Agentur aus den Niederlanden leistet
Maßarbeit in Sachen Arbeitsvermittlung

Maatwerk hat sich ein Ziel gesetzt, das die offizielle Arbeitsmarktpolitik zunehmend als *mission impossible* betrachtet:

schwer vermittelbare Arbeitslose – sprich: Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger – in regulären Beschäftigungsverhältnissen unterzubringen.

Eigentlich ist dies Aufgabe der Arbeitsämter.

Aber, so erklärte Maatwerk-Geschäftsführer Jos Berends der *Frankfurter Rundschau* im Januar '96 süffisant:

„Wenn das in den Arbeitsämtern klappen würde, wären wir nicht entstanden.“

Dem niederländischen *NRC Handelsblad* rechnete er im März d. J. vor, wie notwendig private Arbeitsvermittlung nach Maß gerade hiezulande ist:

„In Deutschland gibt es Arbeitsämter, die in Hinsicht auf unsere Zielgruppe noch mühsamer arbeiten als in den

Niederlanden. Wegen Sparmaßnahmen hat jeder deutsche Arbeitsvermittler 700 Arbeitslose in seinem Bestand gegen 200 in den Niederlanden.“

Deutsche Arbeitsämter haben also bereits mit den „leicht vermittelbaren“ Arbeitslosen alle Hände voll zu tun.

Langzeitarbeitslose fallen immer häufiger durch den Rost.

Für Sozialhilfeempfänger sieht es besonders düster aus: Die Sozialämter können keine systematische Arbeitsvermittlung anbieten, und die Arbeitsämter kümmern sich in der Praxis vorrangig um Leistungsempfänger. Werden die Pläne zur Reform des Arbeitsförderungsgesetzes (AFRG) aus dem Hause Blüm eines nahen Tages Wirklichkeit, haben Sozialhilfeempfänger bald nicht mal mehr einen theoretischen Anspruch auf arbeitsmarktpolitische Hilfen der Arbeitsämter (vgl. SPERRE 4/96, S. 8). Einsam sind die Tapferen.

*SIS = Stellen- und Informationsservice des Arbeitsamtes

Muß das wirklich so sein?

Müssen wir hinnehmen, daß das heutige System der Arbeitsvermittlung das Entstehen einer Unterklasse schwer vermittelbarer Arbeitsloser begünstigt, wie eine Studie der Universität Amsterdam schon 1989 feststellte?

Müssen sich die Kommunen bei den explodierenden Kosten für Sozialhilfe mit ihrem bevorstehenden finanziellen Kollaps abfinden, weil Regierung und Wirtschaft ihrer arbeitsmarktpolitischen Verantwortung nicht nachkommen?

Müssen Fortbildung und Umschulung immer öfter zur Folge haben, daß aus schlecht geschulten Langzeitarbeitslosen gut geschulte werden?

Gibt es einen Ausweg aus der Drehtür: Arbeitslosigkeit - ABM - Arbeitslosigkeit - Umschulung - Arbeitslosigkeit - ... in alle Ewigkeit, Amen?

Maatwerk behauptet: Es gibt einen.

DIE MAATWERK-METHODE

Arbeitsvermittlung nach Maß steht und fällt mit dem Vermittler und seinem persönlichen Engagement.

„Ein Vermittler bei uns muß gleichzeitig die Mentalität eines Unternehmers und eines Sozialarbeiters haben“, sagt Jos Berends.

Die Maatwerk-Methode ist sowohl auf Arbeitssuchende als auch auf Arbeitgeber zugeschnitten.

Der Vermittler macht zunächst gemeinsam mit dem Arbeitssuchenden eine *persönliche Profil-Analyse*: Berufliche Vergangenheit, Ausbildungen, Hobbys, finanzielle Situation - all dies spielt eine Rolle, Stärken und Schwächen des Kandidaten, seine Motivation, seine Qualitäten und eventuelle Hindernisse zu bestimmen. Daneben widmet sich Maatwerk intensiv der mentalen Unterstützung des Kandidaten, um Motivation und Selbstvertrauen zu fördern. Natürlich wird auch geprüft, ob Fortbildung und Umschulungsmaßnahmen sinnvoll sind. Das Ergebnis dieser Analyse zeigt, in welchen Aufgabenbereichen und Unternehmenskulturen der wiedereingegliederte Arbeitnehmer tätig sein kann und will.

Diese sogenannte *Endzielformulierung* ist die Grundlage für das Herangehen an den Arbeitgeber.

Die Maatwerk-Vermittler machen sich persönlich aus die Suche nach „versteckten“ offenen Stellen. Sie sprechen potentielle Arbeitgeber an. Finden sie eine offene Stelle, wägen sie sorgfältig ab, ob und für wen ein geeignetes und dauerhaftes Arbeitsverhältnis möglich ist.

Für Maatwerk reicht es nicht aus, den Arbeitssuchenden nur auf die offene Stelle hinzuweisen. Maatwerk wird auch vermittelnd tätig:

Bei den Arbeitgebern müssen oft Vorurteile gegenüber Langzeitarbeitslosen abgebaut werden. Ein Vermittler von Maatwerk ist bei dem Einstellungsgespräch dabei. Weitere Gespräche am ersten Arbeitstag und in den ersten Monaten folgen. Der neue Arbeitgeber kann sich bei Konflikten jederzeit an den Maatwerk-Vermittler wenden.

Er darf den neuen Arbeitnehmer nicht entlassen, ohne vorher den Vermittler einzuschalten.

Maatwerk will mit diesen Nachsorge-Maßnahmen das Abbruchrisiko so gering wie möglich halten.

Kommt es doch innerhalb der vereinbarten Wiedereingliederungsfrist oder der Probezeit zu einer Beendigung des Arbeitsverhältnisses, nimmt Maatwerk die Unterstützung und Vermittlung erneut in Angriff.



Maatwerk erhält für eine erfolgreiche Vermittlung 4000,- DM pro Hilfeempfänger, wenn die vermittelte Person danach mindestens sechs Monate berufstätig ist. Sollte die Vermittlung innerhalb der verabredeten Wiedereingliederungsfrist von 15 Monaten nicht gelingen, macht Maatwerk auf eigene Kosten weiter.

Pro Projekt betreut Maatwerk in der Regel 500 Personen. Macht zwei Millionen Mark Gesamtkosten.

Rechnet sich das? Dazu Jos Berends im NRC-Handelsblatt:

„Für eine Stadt wie Hamburg bedeutet es, wenn 500 Leute eingegliedert werden, eine Netto-Einsparung auf Jahresbasis, also nach Abzug des Betrages, den man uns bezahlt, von 2 Millionen Mark.“

Kein Wunder also, daß in diesem Jahr

bereits mehrere deutsche Großstädte auf den Zug aufgesprungen sind, der in den achtziger Jahren als eine von der niederländischen Stadt Helmond bezuschulte Einrichtung zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen auf die Schienen gesetzt wurde. Neben Hamburg gibt es Projekte in Berlin, München, Dresden, Hannover, Offenbach und Frankfurt.

Maatwerk ist nicht nur selbst in der Arbeitsvermittlung tätig, sondern schult auch andere in der Maatwerk-Methode: Führungskräfte, Berater, Sozialarbeiter und Vermittler aus Arbeits- und Sozialämtern, aus den Sozialversicherungen, aus Beschäftigungs- und Weiterbildungseinrichtungen.

In den Niederlanden zählen Post, Eisenbahn, einige Bauunternehmen und die Streitkräfte zu den Kunden. Es gibt Büros in Irland, Belgien und Österreich.



Macht die Maatwerk-Methode Sinn, obwohl sie letztlich keine neuen Arbeitsplätze schafft?

Sicher nicht, wenn man von ihr erwartet, das grundsätzliche Problem unseres Wirtschaftsystems lösen zu können. Wir brauchen immer weniger menschliche Arbeit, um immer mehr zu produzieren. Die Antworten auf das Auseinanderklaffen zwischen wachsender Produktivität und schrumpfendem Arbeitsvolumen und der sich daraus ergebenden Auswirkungen auf das soziale Sicherungssystem lassen sich allenfalls in radikaler Arbeitszeitverkürzung und -umverteilung kombiniert mit einer sozialen Grundsicherung, einem ökologischen Umbau und einer gerechten Vermögensverteilung suchen.

Bis dahin spricht doch nichts dagegen, die vorhandenen Möglichkeiten optimal zu nutzen - zum Beispiel mit Arbeitsvermittlung nach Maß. *uwi*



Wenn schon keine BOSS-Klamotten, dann wenigstens Maßarbeit für Arbeitslose

Foto: Nothmager

Bundesanstalt
für Arbeit
bestätigt:



**Vollbeschäftigung
möglich –
bei 35 Prozent
Wachstum!**

Mit dieser Regierung nehmen wir jede Hürde Foto: SPERRE - Archiv

Während die Bundesregierung bereits das fürs kommende Jahr prognostizierte Wachstum von 2,5 Prozent feiert, hat die Bundesanstalt für Arbeit erstmal nachgerechnet, was dies für Arbeitslose bringt – gar nichts!

Denn: Ein Wachstum von 1,7 bis 2,5 Prozent sei dringend notwendig, um Produktivitätszuwachs und Rationalisierungseffekte „beschäftigungsneutral“ aufzufangen.

Soll heißen: Solange das Bruttosozialprodukt nicht stärker wächst, entsteht kein einziger neuer Arbeitsplatz.

Auf Präsident Jagodas Angaben umgemünzt, bedeutet dies:

Um allein über Wachstumsraten Vollbeschäftigung zu erreichen, müsste die Volkswirtschaft um rund 35 Prozent zulegen!

Auf einer Tagung der evangelischen Landessynode Bayern forderte Jagoda deshalb einen drastischen Abbau der Überstunden. Eindringlich wandte er sich dagegen, den Standort Deutschland kaputtzureden. Bei der Diskussion über hohe Löhne dürfe man nicht vergessen, daß die Bundesrepublik auch Hochleistungsland sei. Und wenn es wirklich so viele Blaumacher gebe, könne Deutschland wohl kaum ein Bruttosozialprodukt von jährlich drei Billionen Mark erwirtschaften. nos

Rexrodt:

KINDERARBEIT IST WETTBEWERBSVORTEIL

Die erste Minister-Tagung der Welthandelsorganisation WTO begann am 9.12.96 mit einer Kontroverse über soziale Mindeststandards.

Bundeswirtschaftsminister Rexrodt erklärte, soziale Fragen dürften nicht

als Vorwand für protektionistische Maßnahmen herhalten.

Die Industrieländer müssten vielmehr die Wettbewerbsvorteile der weniger entwickelten Niedriglohnländer akzeptieren. nos

SPONSOREN

An alle Sponsoren und die, die es werden wollen: Zeitung machen ist teuer. Deshalb freuen wir uns über jede Unterstützung. Wir bedanken uns bei:

Spielecke 2 im MUKK

Königsstraße 59

netz

Vorländerweg 28

Westfälischer Zoologischer

Garten Münster GmbH

(Allwetter-Zoo Münster)

Sentruper Str. 315

Ab einer Spende in Höhe von 20,- DM wird der/die SpenderIn namentlich in der nächsten Ausgabe der SPERRE genannt. Spenden für die SPERRE und damit an ihren Träger „Arbeitslose brauchen Medien e. V.“ sind steuerabzugsfähig. Eine Spendenquittung stellen wir auf Wunsch gern aus.

X Kreuzweise X

Unsere kleine Entscheidungshilfe für die nächste Bundestagswahl

„Wer Sozialhilfe bezieht, ist nicht arm. Er wäre nur dann arm, wenn er zwar einen Anspruch auf Sozialhilfe hätte, ihm diese Leistung jedoch nicht gewährt würde.“

Hans Geisler (CDU), sächsischer Sozialminister (Frankfurter Rundschau, 13.09.1996)

Eine Richtlinie der Europäischen Union zur Einkommensarmut sagt, daß die deutschen Sozialhilfesätze 30 % unter der von der EU-Kommission definierten Armutsgrenze liegen.

Laut unserem redaktionseigenen DIERCKE-Weltatlas liegt Sachsen in Deutschland und Deutschland in Europa. Der Atlas ist allerdings von 1977.

Hat sich Sachsens geographische Lage inzwischen geändert?

Sind die sozialpolitischen Ansichten der CDU wie üblich nicht von dieser Welt?

Oder liegt Sozialminister Geislers Politikverständnis schlicht und einfach 30 % unterhalb der Grenze zur geistigen und moralischen Armut?

Herr Geisler hätte zwar theoretisch Anspruch darauf, mit einer Gegendarstellung unsere Behauptung zu dementieren, seinen Äußerungen haften ein gewisses Maß an geistiger und moralischer Armut an.

Jedoch nur dann, wenn wir nach dem Landespressegesetz verpflichtet wären, ihm diese Leistung zu gewähren.

Das sind wir aber nicht. uwi

Fortsetzung folgt

AB JANUAR '97:

FRAUENBÜNDNIS

GEGEN

SOZIAL-
ABBAU

MÜNSTERS FRAUEN ZEIGEN SICH

Foto: Neugebauer

Beim Treffen des Frauenplenums Münster im November haben sich mehr als zwanzig Frauen/Lesbengruppen und -organisationen für die Bildung eines *Frauenbündnisses gegen Sozialabbau* ausgesprochen.

Alle waren sich einig, daß gemeinsame Gegenwehr unverzichtbar ist.

Das große Streichkonzert von Bund, Ländern und Kommunen zur Sicherung des Standorts Deutschland trifft in allen Bereichen besonders die Frauen:

✓ den autonomen Frauenhäusern werden die finanziellen Zuwendungen gekürzt oder ganz gestrichen

✓ schlanke Verwaltungen werden geplant, Frauenarbeitsplätze wegrationalisiert, Tele(heim)arbeit durchgesetzt

✓ der Kündigungsschutz wird aufgeweicht

✓ betriebsbedingte Kündigungen werden erleichtert, „soziale Kriterien“, die eine Kündigung verhindern können, sind nur noch die Dauer der Betriebszugehörigkeit, das Lebensalter und die Unterhaltspflicht des Arbeitnehmers!

✓ Kürzung der Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall

✓ Einschnitte bei der Altersversorgung:

- vorzeitige Anhebung der Altersgrenze
- Reduzierung der anerkannten Ausbildungszeiten
- keine Berücksichtigung von Zeiten der Arbeitslosigkeit ohne Leistungsbezug

✓ Einschränkung der Krankenversicherung

✓ Reduzierung des Anspruches auf Leistungen bei Erwerbslosigkeit

✓ Ausweitung der ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse

✓ Verschlechterung der Arbeitsförderung

✓ Verschiebung der Kindergelderhöhung.

Die Liste ließe sich beliebig verlängern, aber es ging nicht nur um die Präsentation alles Schlechten.

Klar war auch: Solange sich Frauen nicht gemeinsam gegen diese Frauen benachteiligende Politik zur Wehr setzen und kämpfen für ihre Forderungen z. B. nach radikaler Arbeitszeitverkürzung und existenzsicherndem Mindesteinkommen im Erwerbsleben, nach Berücksichtigung der unbezahlten aber unverzichtbaren Arbeit im sog. privaten Bereich, nach eigenständiger Existenzsicherung für Frauen und ausreichend Zeit für ein Leben nach der Arbeit, Arbeit, Arbeit..., solange wird weiter an uns, durch uns und mit uns verdient und gespart.

Bis Mitte Januar wird in allen Frauen/Lesbengruppen und -organisationen über die Inhalte und Aktionsmöglichkeiten beraten, damit dann über

gemeinsame Grundlagen gesprochen, das Bündnis gebildet, erste Aktionen beschlossen sowie die einzelnen Aktivitäten gebündelt werden können.

Der Internationale Frauentag – 8. März 1997 – wurde bereits als wichtiges Datum genannt. Das Projekt „*Münsters Frauen zeigen sich*“, was ebenfalls für den Frauentag vorgeschlagen worden ist, kann dazu viele Möglichkeiten bieten.

Konsens war selbstverständlich auch, daß der internationale Charakter an einem solchen Tag deutlich sichtbar werden soll.

Anne Neugebauer

Münsters Frauen wollen sich gemeinsam wehren

Alle Frauengruppen und -organisationen sowie interessierte Frauen sind zum nächsten Treffen am 15. Januar 1997 ab 19.00 Uhr ganz herzlich ins DGB-Haus, Zumsandstr. 35 eingeladen.

SCHWARZE WITWE

AUTONOME FRAUENFORSCHUNGSSTELLE E.V.



Öffnungszeiten:

Mo 18-20 Uhr

Di 11-13 Uhr

Do 18-20 Uhr

Tel. 02 51/51 11 95

Fax. 02 51/51 88 76

Achtermannstr. 10-12

48143 Münster

ARCHIV · FORSCHUNG · KULTUR · POLITIK



Was bisher geschah:

Meisterdetektiv Sam Sperr leistet sich das, was für normale Arbeitnehmer mittlerweile zum unerschwinglichen Luxus geworden ist: Er ist krank.

Mit Lungentuberkulose ist nicht zu spaßen. - Deshalb verordnet ihm der Professor und Leiter des Sanatoriums noch einige Wochen Aufenthalt in der Kurklinik. Doch Sam ist des Nichtstuns müde und möchte schon wieder Ausflüge unternehmen.

Wenn er in den schlaflosen Nächten ohne Bourbon und fern von seiner Sekretärin Holly einsam aus dem Fenster seines Krankenzimmers blickt, beobachtet er immer das gleiche Phänomen: Ein Licht auf dem Turm des Schlosses, das sich oben auf dem Berg über der Klinik befindet. Der Professor verbietet ihm, dort hinaufzugehen. Hat der Arzt dafür wirklich nur medizinische Gründe oder möchte er nicht, daß Sam mehr über den geheimnisvollen Grafen von Saumagen zu Oggersheim herausfindet, der dort oben lebt? Graf von Saumagen zu Oggersheim ist selbst Mediziner. Wegen eines Kunstfehlers geriet er als «geistesgestörter Gehirnehirnchirurg» in die Schlagzeilen. Der Professor, ein ehemaliger Assistenzarzt des Grafen, hat eine Mappe mit Zeitungsausschnitten über die alte Geschichte in seiner Schreibschublade.

Sam gelingt es, die Krankenschwester Judy Garlic zu überreden, ihm diese Mappe in sein Zimmer zu bringen. Nach etlichen Manhattan-Cocktails kommt Sam endlich die Idee, das Schloß der Aktenmappe mit Judys Haarnadel zu öffnen ...

Ich zog einen blaßrosafarbenen Schnellhefter aus der Aktenmappe und schlug ihn auf. Darin lag ein Häuflein vergilbter Zeitungsausschnitte. Judy griff sofort nach einem der Papierschnipsel. Ich schlug ihr sanft auf die Finger.

«Nicht so hastig, Engelchen. Wir müssen aufpassen, daß sich die Reihenfolge der Ausschnitte nicht verändert. Der Professor soll schließlich nichts merken.»

Judy zeigte auf ein Foto in einem der Artikel. «Das ist mein Professorchen», lallte sie. «Sah damals richtig gut aus, als er noch keine Platte hatte. Und der daneben, der ihm die Promotionsurkunde überreicht, ist der Graf von Saumagen zu Oggersheim, sein Doktorvater.»



Teil III

«Hör zu, Baby, laß mich meinen Job alleine machen. Setz dich einfach still in die Ecke, und versuch', wieder nüchtern zu werden. Dein Professorchen interessiert mich nicht. Ich will wissen, was es mit den Forschungsarbeiten des Grafen und dem Kunstfehler auf sich hat, der ihn zu Fall brachte. Kapiert?»

Judy setzte sich mit einem Plumps auf die Bettkante zurück und stierte vor sich hin.

«Klugscheißer ...», brabbelte sie.

«Hör zu, Baby.» Ich legte meine Hand in ihren Nacken, zog sie zu mir hoch und küßte sie auf den Mund, «ich versuche, mich zu konzentrieren. Also halt für 'nen Augenblick dein Zuckermäulchen.»

Ich blätterte die Zeitungsausschnitte einen nach dem anderen um und überflog die Schlagzeilen:

GEHIRNCHIRURG VERBLÖFFT FACHWELT

Graf von Saumagen zu Oggersheim präsentierte gestern einem hochkarätigen deutschen Ärztegremium seine Forschungsergebnisse auf dem Gebiet der Gen-Technik. Die Fachwelt zeigte sich skeptisch ...

IGNORANZ UND ENGSTIRNIGKEIT

Zu tumultartigen Szenen kam es auf einem Ärztekongreß in Manchester (England), als der deutsche Gehirnehirnchirurg von Saumagen zu Oggersheim seine neuesten Forschungsergebnisse vorstellte. Der Graf distanzierte sich von der zum Teil drastischen Kritik, die seine deutschen Kollegen vor einigen Tagen bei einer ersten Präsentation seiner Arbeiten geäußert hatten, mit den Worten: «Ignoranz und Engstirnigkeit haben die Entwicklung der Menschheit schon seit ewigen Zeiten behindern wollen. Meine Arbeiten vollenden nicht nur die geistig moralische Wende, sondern führen uns über die Schwelle eines neuen Zeitalters ...»

NACH KUNSTFEHLER

APPROBATION ENTZOGEN

Faktotum Wolf nach Elektroschockbehandlung grausam entstellt

SCHARLATAN ODER GENIE?

Der alte Graf zieht sich auf sein Schloß in den Bergen zurück

«Laß mich auch mal gucken.»

Judy schien langsam wieder nüchtern zu werden und erhob sich. Sie wankte auf mich zu, stolperte über die leere Whiskyflasche und fiel, den Tisch samt den Zeitungsausschnitten mit sich reißend, zu Boden.

«Ich habe dir doch gesagt, du sollst sitzenbleiben.»

Ich bugsierte sie zurück auf das Bett, sammelte die Zeitungsausschnitte ein, legte sie hoffentlich in der richtigen Reihenfolge in den Schnellhefter zurück und diesen dann in die Aktenmappe, die ich mit der Haarnadel wieder sorgfältig verschloß.

«Ich glaube, ich habe genug gesehen», sagte ich.

«Und was ist damit?»

Judy wedelte mit einem Zeitungsausschnitt in ihrer rechten Hand.

Ich versuchte, ihn ihr zu entreißen. Sie entwand sich mir, drehte sich um, und begann zu lesen:

UNBEKANNTE SCHÄNDETEN

INDUSTRIELLEN-GRÄBER

In der Nacht zum Freitag raubten Unbekannte Gräber auf dem Zentralfriedhof in Manchester aus. Wie Scotland Yard mitteilte, konnten die Täter noch nicht dingfest gemacht werden, weil ein Großteil der Polizisten damit beschäftigt war, den Tumult bei einem gleichzeitig stattfindenden Ärztekongreß zu schlichten. Erstaunlich sei, daß es sich bei den Gräbern ausschließlich um die Ruhestätten von Unternehmerpersönlichkeiten aus dem 19. Jahrhundert gehandelt habe.

«Was hat das zu bedeuten, Sam?», fragte Judy.

Noch bevor ich antworten konnte, klopfte es. Ich entriß ihr den Artikel und steckte ihn in die Tasche meines Jacketts.

«Herein.»

Die Tür öffnete sich und zwei Männer in langen roten Kapuzenmänteln traten ins Zimmer. Vor den Gesichtern trugen sie Plastikmasken mit roten Pausbäckchen, gemütlichen Lachfältchen um die Augenlöcher und einem langen, langen weißen Bart.

«Ich glaube, ich seh' immer noch doppelt», sagte Judy. «Der Weihnachtsmann.»

«Sie sehen nicht doppelt, Miß Garlic. Wir sind tatsächlich zu zweit», sagt einer der Weihnachtsmänner mit einer sonoren Stimme, die mir bekannt vorkam.

Er nahm die Kapuze herunter und schob seine Maske nach oben auf den Kopf. – Der Professor!

«Guten Abend, Mr. Sperre.»

Sein Blick fiel auf die Whiskyflasche am Boden. «In Ihrem Zustand sollten sie meinem ärztlichen Rat vertrauen und dem Alkohol entsagen. – Und Sie, Miss Garlic, machen dieses Spiel offensichtlich auch noch mit.»

Er zeigte auf den anderen Weihnachtsmann.

«Den Herrn erkennen Sie bestimmt an seinem Markenzeichen, Mr. Sperre.»

Der Mann neben ihm ließ den Lauf einer Luger aus der mit weißem Pelz besetzten Öffnung seines rechten Ärmels hervorblicken. Dessen Mündung zielte auf mich.

«Wilmer», entfuhr es mir.

«Richtig», sagte der Professor. «Der gute Wilmer, der für das Syndikat die schmutzigen Sachen erledigt. Selbst jetzt in der Vorweihnachtszeit ist er zu allem bereit. Nicht wahr, Wilmer?»

Wilmer ließ hinter seiner Maske ein bejahendes Grunzen vernehmen.

«Was soll diese lächerliche Aufmachung?», fragte ich.

«Ich habe in diesem Kostüm so wie jedes Jahr unter den braven Dorfbewohnern für meine zahnlosen Waisenkinder gesammelt. Der gute Wilmer war so freundlich, mir dabei zu helfen. Ich konnte ihn sogar davon überzeugen, seine Luger stecken zu lassen. So kurz vor dem Fest der Liebe öffnen sich die Portemonnaies der meisten Menschen auch ohne diese Argumentationshilfe.»

«Zahnlose Waisenkinder?», fragte ich.

«Ja, es ist ein trauriges Kapitel. Auf einer Station dieser Klinik haben wir einige Kinder mit erblich bedingten Zahnerkrankungen, die zum vorzeitigen Zahnausfall führen. Ich will sie nicht mit medizinischen Details langweilen, die Sie doch nicht verstehen. Keines der Kinder wird mit achtzehn Jahren noch ein vollständi-

ges natürliches Gebiß haben. Kronen und Brücken kosten Geld. Viel Geld. Die Krankenkassen müssen nach den neuen Gesetzen nicht mehr zahlen. Also sind meine Waisenkinder auf die Freigebigkeit ihrer Mitmenschen angewiesen, wenn sie später als Erwachsene dem Leben die Zähne zeigen wollen. – Aber genug geplaudert. Wilmer und ich sollen Sie und die selbst mit einem kleinen Schwips noch bezaubernde Miss Garlic nach Schloß Saumagen zu Oggersheim eskortieren. Der alte Graf möchte den Menschen gerne persönlich kennenlernen, der ein so reges Interesse an seiner Arbeit zeigt.»

Er nahm die Aktenmappe vom Tisch und klemmte sie unter den linken Arm.

«Ich glaube, die gehört mir.»

Er zog die Maske wieder vors Gesicht und setzte die Kapuze auf.

«Gehen Sie voran. Unser Wagen steht vor der Tür.»

Wilmer machte eine unmißverständliche Bewegung mit der Luger. Judy und ich gehorchten. Am Wagen angekommen bedeutete uns Wilmer mit seinem bleispuckenden Zeigefinger, im Fond Platz zu nehmen. Er setzte sich auf den Beifahrersitz und richtete seine Wumme auf Judy. Der Professor setzte sich ans Steuer und drehte den Schlüssel um. Der Motor gab keinen Mucks von sich. Er versuchte es noch einmal. Kein Ton.

«Wilmer, wie oft habe ich dir gesagt, du sollst das Radio nicht laufen lassen, wenn der Wagen steht. Bei dieser Kälte ist die Batterie in Null Komma nichts leer.»

«Es ist nicht die Batterie», sagte ich.

«Hör zu, Klugscheißer», stieß Wilmer hinter der Maske hervor. «Spar dir deine Kommentare, oder im Adventskalender deines Lebens hat sich heute morgen das letzte Türchen geöffnet.»

«Sei friedlich, Wilmer», sagte der Professor. «Kriegen Sie den Wagen wieder flott, Mr. Sperre?»

Ich nickte: «Nur wenn Ihr Rotbäckchen brav 'bitte-bitte' sagt.»

Wilmer spannte den Hahn seiner Luger: «Was glaubst du, wie sich die Gehirnmasse deiner kleinen Freundin hier auf deinem Nadelstreifenanzug macht. Halt dein Maul, oder ich blas ihr Lockenköpfchen in tausend Stücke.»

«Was glaubst du Wilmer, wie lange die Polizei braucht, hierher zu kommen, wenn nur einer der Patienten in der Klinik den Schuß hört. Meinst du, du hast Zeit genug, um die Polster von Blut, Gehirn und Knochensplittern zu säubern, nachdem du ihre Leiche im hartgefrorenen Boden hinterm Haus verscharrt hast?»

«Er hat recht, Wilmer», sagte der Professor. «Du kommst später schon noch auf deine Kosten.»

«Ich brauche einen Schraubenschlüssel oder einen Hammer», sagte ich.

Der Professor kramte einen Schraubenschlüssel aus dem Handschuhfach und reichte ihn mir nach hinten rüber.

«Nimm dein Drahtseil, Wilmer», sagte er zu dem Killer. «Wir wollen doch nicht, daß Mr. Sperre auf dumme Gedanken kommt, wenn er jetzt aussteigt.»

Wilmer holte ein ca. einen halben Meter langes dünnes Drahtseil aus seiner Manteltasche, an dessen Enden jeweils ein kleiner querstehender Holzpflock befestigt war. Er nahm den einen in die eine Hand, den anderen in die andere. Dann legte er das Seil Judy um den Hals und zog die beiden überkreuz liegenden Enden auseinander, so daß ihr Hals abgeschnürt wurde.

«Jetzt können Sie aussteigen und den Wagen reparieren», sagte der Professor. «Eine falsche Bewegung von Ihnen und Weihnachtsmann Wilmer zeigt ihrer Süßen, was er unter zugebunden bis obenhin versteht.»

Ich stieg aus.

«Wenn Sie mich vorne im Motor klopfen hören, drehen Sie den Zündschlüssel um.»

Ich öffnete die Motorhaube und machte mich am Anlasser zu schaffen. Endlich sprang der Wagen an. Ich ließ die Motorhaube herunterfallen und stieg ein. Der Professor hielt die linke geöffnete Hand nach hinten über die Schulter. Ich legte den Schraubenschlüssel hinein. Dann fuhren wir los. Wilmer nahm das Drahtseil von Judys Hals und richtete wieder seine Luger auf uns. Judy rieb sich die Kehle. Ihren Hals zierte eine dicker rotglühender Striemen.

«Fröhliche Weihnachten, Sam.»

«Fröhliche Weihnachten, Judy.»

«Hört auf zu quatschen da hinten», bellte Wilmer. «Erklär uns lieber, was mit dem Wagen los war, Schnüffler.»

«Die Kohlestifte vom Anlasser hatten sich am Magnetschalter festgesetzt», antwortete ich. «Wenn man dagegen klopft, lösen sie sich manchmal.»

«Sie scheinen sich ziemlich gut mit Automobilen auszukennen», sagte der Professor.

«Ich fahre auch einen Packard», seufzte ich. «Der ist gerade wegen einer ähnlichen Sache in der Werkstatt.»

Wilmer nahm seine Kapuze ab, schob die Maske zurück und steckte sich eine Lucky zwischen die Zähne. Der elektrische Zigarettenanzünder glühte beim Anstecken rot vor dem Sargnagel auf und tauchte sein Gesicht in ein gespenstisches Licht. Dann grinste er zu mir rüber:

«Klugscheißer.»

u w i

Fortsetzung in der nächsten SPERRE

ViP, der Verein sozial-integrativer Projekte e. V.,
praktiziert einen anderen Umgang mit Kriminalität

ViP-LOUNGE, TIBUS- STRASSE

„Natürlich ist V-i-P eine Anspielung auf *very important persons*“, sagt ViP-Geschäftsführer Klaus Fröse.

Für den Verein sozial-integrativer Projekte e. V. (ViP) – so lautet die münstersche Übersetzung von ViP – sind *sie* die besonders wichtigen Personen: *gefährdete und straffällig gewordene junge Menschen in Münster*. ViP sieht in seinem Engagement einen Beitrag praktizierter Solidarität für Menschen, die die vordergründige Chancengleichheit unserer Gesellschaft nicht wahrnehmen können.

Wir wollen einen anderen Umgang mit Kriminalität. Wegsperrern ist keine Lösung“, erläutert Klaus Fröse kurz und bündig die Zielsetzung von ViP.

Es komme darauf an, die pädagogischen Möglichkeiten des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) voll auszuschöpfen.

Der Startschuß für den „anderen Umgang mit Kriminalität“ sei die Strafvollzugsreform von 1979 gewesen: „Danach konnten zum ersten Mal Leute von ‚draußen‘ nach ‚drinnen‘ gehen.“

Um Inhaftierte in der Justizvollzugsanstalt (JVA) zu betreuen, schlossen sich „engagierte Münsteraner BürgerInnen“ – ein „Ex-Knacki“, Studierende, Rechtsanwälte und „Leute aus der VHS“ – zusammen und gründeten 1980 die *Straffälligenhilfe e. V.*



Wegsperrern ist keine Lösung
Foto: Nothnagel

1 985 professionalisierte sich dieser ehrenamtliche Verein. Die *Straffälligenhilfe* stellte Mitarbeiter ein und bot die ersten ambulanten Maßnahmen an. Im Interesse der Betroffenen änderte die *Straffälligenhilfe* 1991 ihren „stigmatisierenden“ Namen in *Verein sozial-integrativer Projekte (ViP)*.

Heute hat ViP 30 Vereinsmitglieder.

ViP arbeitet mit den freien Trägern der Jugendhilfe, dem städtischen Amt für soziale Dienste (ASD), der Bewährungshilfe, den Jugendrichtern, der Staatsanwaltschaft und der Polizei zusammen.

Der Verein finanziert sich zu je 45 Prozent aus Mitteln des Landes und der Stadt. Das restliche Geld muß er selbst aufbringen aus Spenden, Bußgeldern und Mitgliedsbeiträgen.

Seine sieben hauptamtlichen Mitarbeiter betreuen junge Menschen im Alter von 14 bis 21 Jahren.

Dabei handelt es sich fast ausschließlich um straffällig gewordenen junge Männer um die neunzehn, die das Jugendgericht dem ViP zuweist.

Jugendstrafe oder ViP? Die verschiedenen Projekte des Vereins in der Tibusstraße sind allemal die bessere Alternative:

Projekt I

SOZIALE TRAININGSKURSE

In den Sozialen Trainingskursen sollen sich die Jugendlichen intensiv mit ihren Straftaten auseinandersetzen, die Bedeutung von Regeln und Gesetzen in unserer Gesellschaft und den gewaltfreien Umgang mit Konflikten erlernen. Soziale Trainingskurse sollen eine Handlungsorientierung für ein Leben ohne Straftaten vermitteln. Dazu tragen auch lebenspraktische Hilfen und gemeinsame Aktivitäten wie Sport und Kinobesuche bei. Ein Sozialer Trainingskurs dauert drei Monate. Seit 1985 haben 453 Männer und 33 Frauen an den Kursen teilgenommen. Pro Jahr laufen beim ViP drei Soziale Trainingskurse mit 30 bis 45 Jugendlichen und Heranwachsenden.

Projekt II

BETREUUNGSZUWEISUNG

Betreuungszuweisungen zielen auf nicht gruppenfähige Jugendliche mit so gravierenden individuellen Problemen, daß ein Sozialer Trainingskurs nicht sinnvoll erscheint. Ein Mitarbeiter betreut jeweils einen Jugendlichen. Die Betreu-

ungszuweisung ist damit wegen ihrer direkten pädagogischen Interventionsmöglichkeiten eine gute am Einzelfall orientierte Alternative zur Jugendstrafe. ViP betreut auf diese Weise pro Jahr ca. 30 bis 35 Jugendliche und Heranwachsende.

Sie sollen lernen, ihr Leben eigenverantwortlich zu führen, sich konstruktiv mit ihren Problemen auseinanderzusetzen und neue Lebensperspektiven zu entwickeln, um ihr Selbstwertgefühl zu stärken. Eine Betreuungszuweisung dauert in der Regel sechs bis zwölf Monate.

Projekt III

TÄTER-OPFER-AUSGLEICH

Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) heißt, daß sich der Täter und sein Opfer in gemeinsamen Gesprächen, die ein neutraler Vermittler vom ViP moderiert, über eine Wiedergutmachung einigen und so einen unnötigen Rechtsstreit vermeiden. Der TOA bietet beiden Seiten die Chance, einen eventuell schon lange bestehenden Konflikt aufzuarbeiten und gegenseitige Vorurteile, Schuld- und Angstgefühle abzubauen.

Voraussetzung ist allerdings: Beide müssen dem Ausgleichsversuch zustimmen. Die Teilnahme ist freiwillig. Staatsanwaltschaft, Jugendgericht, Bewährungshilfe und Polizei können den TOA nur anregen.

Der Vermittler kontrolliert, ob der Täter die vereinbarte Wiedergutmachung einhält und regt dann in einem Abschlußbericht an, das Strafverfahren einzustellen bzw. den Ausgleich strafmildernd zu berücksichtigen. Ca. 100 Personen haben bisher diese Chance wahrgenommen.

Projekt IV

BETREUTES EINZELWOHNEN

Dieses Projekt bietet jungen Menschen zwischen 16 und 21 Jahren, die Möglichkeit unter sozialpädagogischer Betreuung selbständig zu wohnen, jeweils zu viert betreut von einem Mitarbeiter. ViP verfügt zur Zeit über sechs Wohnungen. Jeder Bewohner hat sein eigenes Zimmer; Küche und Bad werden gemeinsam genutzt. Jeder Jugendliche, der sich als integrationsfähig erweist, kann für 24 Monate an dem Projekt teilnehmen, in Einzelfällen sogar länger. Der Zugang zu dem Projekt erfolgt über das Jugendamt bzw. bei Minderjährigen über den Erziehungsberechtigten. Betreutes Wohnen soll die soziale

und berufliche Integration der Teilnehmer fördern.

Eine eigenverantwortliche und möglichst selbständige Lebensführung hilft den Jugendlichen, ihre Persönlichkeit und neue Perspektiven zu entwickeln.

Projekt V

AMBULANTE BETREUUNG

ViP unterstützt junge Menschen auch in ihrem direkten sozialen Umfeld – bei Konflikten mit den Eltern, am Arbeitsplatz oder in der Schule. ViP hilft beim Einkaufen, beim Umgang mit Geld, bei Behördengängen, bei der Wohnungssuche und Instandhaltung der Wohnung. Zehn Stunden in der Woche steht ein Sozialarbeiter pro Jugendlichen zur Verfügung.

Die Stadt Münster trägt bei diesem Projekt 100 Prozent der Kosten. Volljährige können dazu einen Antrag beim Jugendamt stellen, für Minderjährige muß dies der Erziehungsberechtigte tun.

Zu all diesen Projekten gibt es eine freiwillige Nachbetreuung. „Wir haben jetzt noch Kontakt zu Leuten, die 1985 bei uns waren“, sagt Klaus Fröse.

Und wie steht's mit der Erfolgsbilanz?

Entläßt ViP seine Absolventen in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit und fehlender Ausbildungsplätze nicht in die Perspektivlosigkeit und damit wieder in die Kriminalität?

Wie hoch ist die Rückfallquote?

Dazu Klaus Fröse: „Es ist schon ein Erfolg, wenn ein Teilnehmer die Maßnahme beendet. Das reicht uns aber nicht.“

Er soll auch etwas von hier mitnehmen. Von den 470 Jugendlichen, die seit 1988 bei uns waren, sind nur 105 ohne Arbeit.

Münster bietet ein vergleichsweise gutes System von Ausbildungsmöglichkeiten, so daß auch viele in überbetrieblichen Maßnahmen unterkommen können. Die Probleme entstehen hier erst im Anschluß an die Ausbildung, wenn diese dann nicht übernommen werden.

Wir bringen eigentlich jeden Jugendlichen unter.

Über die Rückfallquote können wir nicht allzuviel sagen. Sind die Jugendlichen einmal erwachsen, fallen sie aus unserer Zuständigkeit.

Das soziale Klima trägt auch nicht dazu bei, daß die Kriminalität sich rückläufig zeigt.“

ViP bleibt also auch in Zukunft ein *very important project*. tww

PHANTASIE UND GERECHTIGKEIT – DAS SIND DIE ZWEI DINGE, DIE GEFORDERT SIND!



Interview:
Norbert Attermeyer,
Dirk Nothnagel
Fotos:
Dirk Nothnagel

Die SPERRE sprach mit Münsters Weihbischof Ostermann über Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, den MÜNSTER-PASS, Gott und die Welt

Auf dem Kölner Sozialgipfel stellte KAB-Sprecher Schäfers fest: „Die Bundesregierung betreibt eine Politik der Spaltung, provoziert Verteilungskämpfe und schlägt sich auf die Seite der Wirtschaftseliten statt Solidarität zu praktizieren.“ Wo sehen Sie eine solche Entsolidarisierung und wie stehen Sie dazu?

Ich sehe das Hauptproblem heutzutage in folgendem: Wir stehen sicherlich in einer neuen wirtschaftlichen Situation – und zwar der Globalisierung –; die Arbeitsmärkte haben sich immens erweitert, so daß die Industrie praktisch überall Arbeitskräfte bekommen kann, und

daß jetzt im Grunde unter der Hand das alles in einen Neo-Kapitalismus über-rutscht. Uns fehlt einfach die Möglichkeit, neue Regulierungen in das Ganze einzubringen. Die sind nötig, damit jeder zu seinem Recht kommt. Ich denke schon, daß die soziale Marktwirtschaft gefährdet ist, denn ich glaube, daß es einen starken Neo-Kapitalismus im Moment in unserer Gesellschaft gibt. Und jetzt müssen wir uns melden.

Der Zeit seines Lebens in sozialen Fragen stark engagierte Präses der evangelischen Kirche Rheinland Beier machte den Mangel an sozialer Gerechtigkeit so fest: „Die Lasten

sind derzeit ungleich verteilt ... Menschen müssen am Lastenausgleich entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit beteiligt werden.“ Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang die Abschaffung der Vermögensteuer und die geringere Besteuerung von Kapital und anderen Vermögen, die darüber hinaus noch ins „freundlichere“ Ausland abwandern und sich damit dem sozialen Lastenausgleich entziehen?

Ich habe da folgendes Problem: Bei den Sozialverbänden hat es immer ein Bemühen gegeben um eine vernünftige Unternehmensverfassung, in der die Arbeitnehmer den Kapitaleignern gleichberech-

tigt gegenüber stehen. Dieses Modell wurde nie übernommen, auch die Gewerkschaften haben es niemals favorisiert. Jetzt kann natürlich der Kapitaleigner sein Vermögen überall hinschieben, wie er will, weil der Arbeitnehmer in keiner Weise beteiligt sein kann. Die von uns gewünschte Unternehmensverfassung hätte eben doch eine weitgehende Gleichberechtigung beider Seiten bedeutet – jetzt haben wir ja eigentlich nur die Rechte der Kapitaleigner, der Aktionäre unter sich geregelt. So läuft das ja nicht: Der Arbeitnehmer steht außerhalb des ganzen Spielchens! Neben der Hin- und Herschieberei des Kapitals auf dem Weltmarkt heißt das zweitens natürlich, daß durch die Schaffung von Arbeitsplätzen im Ausland in Deutschland eine noch größere Arbeitslosigkeit entsteht; das sind natürlich zwei sich gegenseitig zuwiderlaufende Seiten. Hier müßte eben entscheidend immer wieder neu darum gerungen werden, daß man nach Möglichkeit allen gerecht wird – das ist für mich das große Problem. Im Augenblick kommt hier unsere Seite, die Seite der Arbeitnehmer, oft zu kurz. Wir haben die regulierenden Elemente einfach noch nicht gefunden – darum muß gerungen werden!

Sehen Sie konkrete Wege, diese Elemente zu finden?

Ich bin natürlich auch kein Wirtschaftsfachmann. Eines denke ich schon: Eine vernünftige Unternehmensverfassung könnte uns weiterhelfen, dann sicherlich das ständige Bemühen um solidarisches Bewußtsein in unserer Gesellschaft; es gibt dort Lücken zwischen Reden und Denken, was auch das Allgemeinbewußtsein betrifft. Entscheidend ist natürlich auch die politische Regelung. Eines muß man immer wieder nüchtern betrachten: Bei welcher Form kommt im Endeffekt für den einzelnen das meiste heraus? Eine völlig reglementier-

te Wirtschaft, das haben wir hinter uns, das bringt dem einzelnen gar nichts. Es muß also ein großes Maß an Freiheit innerhalb des Wirtschaftsgefüges geben, aber es bedarf der Regeln und Einschränkungen, sonst ist der Arbeitnehmer schnell benachteiligt – ohne gesetzliche Regelungen funktioniert das nicht.

Der führende Soziologe Frankreichs hat den Verlust der Moral als gesellschaftliche Handlungsmaxime beklagt, an deren Stelle sei das Geld getreten – eine europaweite, wenn nicht überall in den Industrienationen deutliche Entwicklung seit dem Zusammenbruch der Ostsysteme ...

Das Haben vor dem Sein, so formuliert man das ja wohl. Damit verletzt man sehr schnell elementare Menschenrechte, das muß man nüchtern sehen. Auf der anderen Seite ist der freiheitliche Impuls ein sehr tragender, der uns eine ganze Menge gebracht hat. Nur: Er muß immer wieder auf seine Sozialverpflichtung, auf die Solidarität, hingewiesen werden, eben auch gesetzlich verankert, das geht nicht nur mit gutem Zureden. Bei wirtschaftlichem Wachstum hatten wir einigermaßen eine soziale Ausgeglichenheit erreicht, jetzt sind wir in einer neuen Situation – und wie geht das jetzt? Es ist eine doch sehr bedrückende und bedrückende Situation mit vier Millionen Arbeitslosen: Die Wirtschaft wächst erheblich, und trotzdem kommen wir von diesem hohen Stand nicht 'runter. Hier müssen jetzt neue Regulierungen gefunden werden.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit Jagoda hat vorgerechnet, daß wir 2,5 Prozent Wachstum brauchen, damit der Jetztstand überhaupt erhalten bleibt, und 35 Prozent für das Erreichen der Vollbeschäftigung. Das funktioniert nicht ... Was machen wir dann mit den ganzen Leuten ohne Arbeit, deren Zahl sich laut Prognosen noch um 400 000 steigern kann?

Wenn wir das ernst nehmen, müssen wir die Idee der Vollbeschäftigung aufgeben – das werden wir wohl nie mehr erleben können. Man muß sich vielmehr darauf einstellen, daß Arbeits- und arbeitslose Phasen zu meinem Leben gehören. Ich habe dann Glück, wenn meine Zeiten der Arbeitslosigkeit gering bleiben, aber ich habe nicht die Sicherheit dafür. Die soziale Sicherung muß dann dafür sorgen, daß ich abgedeckt werde. Dazu brauchen wir Mittel: Wenn also die Arbeitslosigkeit trotz wachsender Wirtschaft weiter steigt, ist die Besteuerung von Vermögen, insbesondere als sogenannte Maschinensteuer, unausweichlich. Die „notwendigen“ Schwankungen im Arbeitnehmer-Leben müssen erträglich abgefangen werden.





**Ich kann nicht fromm sein
ohne Solidarität**

Würden Sie unter der Voraussetzung, daß die gesellschaftlich vorhandene Arbeit nicht mehr zunimmt und immer weniger Menschen an den Produktionsprozessen beteiligt werden, dem Modell einer möglichst gleichmäßigen Verteilung der Arbeit zustimmen?

Dies ist für mich zunächst eine rein abstrakte Forderung. Wenn man konkret überlegt, heißt das einmal, daß die Gesellschaft besonders gefordert ist: Weltweit stehen wir ja in neuen Abhängigkeiten – Stichwort Globalisierung –, die uns zum Teil großen wirtschaftlichen Schwankungen aussetzen; ich kann nicht etwas produzieren, das ich nicht mehr verkaufen kann, nur um Leute zu beschäftigen.

Diese Lasten kann aber nicht nur der Arbeitnehmer tragen. Auf der einen Seite muß er flexibel sein, mehr „jobben“ z. B., auf der anderen Seite müssen die Zeiten der Arbeitslosigkeit abgedeckt sein – auch im Hinblick auf die spätere Rente! Ein drittes wäre für mich:

Wir müssen neue Arbeitsmöglichkeiten entdecken. Da bietet sich der Dienstleistungsbereich an.

Hier denke ich an eine Art von Leasing, um die Risiken durch die schwankende wirtschaftliche Lage für den einzelnen gering zu halten. Sicherlich sind andere pfiffige Elemente denkbar.

Die Gewerkschaften sind auf diesem Gebiet auch noch nicht kreativ genug. Mir geht es darum, daß der einzelne nicht so schutzlos dem Dienst- bzw. Arbeitge-

ber ausgeliefert ist, da kann sonst manch einer mit denen Schlitten fahren.

Bischof Lettmann hat dazu aufgerufen, in die Gewerkschaften einzutreten ...

Im Hinblick auf Gewerkschaften möchte ich betonen, daß man mit aller Deutlichkeit Tarife aushandeln soll, nur müssen sie etwas flexibler sein im Hinblick auf den konkreten Betrieb, der ja wirklich mal in einer Notlage sein kann. Da wäre noch ein Umdenken nötig. Der Tarif darf andererseits nicht der Willkür der Unternehmer unterliegen. Es ist aber eine miese Sache, dabei zu verallgemeinern: Den bösen Arbeitgeber gibt es sowenig wie den Engel von Arbeitnehmer.

Durststrecken sollten gemeinsam durchgestanden werden – unser Modell der Unternehmensverfassung wäre da sicher eine Hilfe, wir hätten mehr Möglichkeiten, in Notsituationen füreinander einzustehen.

Kommen wir zu den konkreten Leistungen der Kirche für die Gesellschaft auf dem sozialen Gebiet. Wie empfindlich treffen da die rückläufigen Steueraufkommen: Allein von '92-'95 gingen zwei Drittel der Einkommensteuer verloren?

Wir allein haben jährlich 35 Millionen Mark weniger. Manche Dinge werden sicher so nicht mehr möglich sein. Was die Arbeitslosigkeit betrifft: Wir unterstützen und fördern zum einem Arbeitsloseninitiativen, wie z. B. die SPERRE eine ist, u. a. gibt es einen Priester-Solidaritätsfond. Zum anderen legen wir unseren Angestellten nahe, vermehrt auf Teilzeitbeschäftigung zurückzugreifen, wo das geht – natürlich kündigen wir da nicht ... Im übrigen kommt es allerdings auf uns zu, daß wir entlassen müssen oder freiwerdende Stellen nicht mehr besetzen können. Entscheidend kommt immer hinzu die Verkündung der Notwendigkeit von Spiritualität und Solidarität:

Ich kann nicht fromm sein ohne Solidarität! Wir wollen das Bewußtsein wecken, daß dies eine Einheit ist. Das will ich auch als politisches Engagement verstanden wissen.

Wenn gesagt wird, die Einschränkung der sozialen Dienste auf wirklich Notleidende wird unausweichlich – wer wäre das? Was bliebe auf der Strecke, z. B. Kindergärten, Familienberatungen? Wie stehen diesbezügliche Planungen in MS?

Die notwendigen Hilfen sind nicht mehr alle bezahlbar. In unserem Bistum sehe ich jedoch noch keine Signale des Abbaus; mit den bisherigen Sparmaßnahmen haben wir uns auf einem haltbaren Level eingependelt.

Wir wollen unserem Prinzip treubleiben: Alle Hilfe soll Hilfe zur Selbsthilfe sein. Einen Dauertropf wollen wir keinem anlegen, weder hier noch in der Welt. Aber wenn wir allen Aufgaben gerecht werden wollen, müssen mitmenschliche Haltungen befördert, alte Tugenden wieder lebendig und ursprüngliche Formen der solidarischen Hilfe wieder gefördert werden, z. B. in der Familie oder Nachbarschaft.

Muß sich die Kirche in Zeiten des Sparsens nicht auch nach dem Einsatz ihres eigenen Vermögens fragen lassen?

Unser Etat wir zu 10–15 % aus Vermögen gespeist ...



Konkretes Beispiel Immobilien: Könnten Sie sich vorstellen, Räumlichkeiten an Arbeitslose, die sich selbständig machen wollen, besonders günstig zu vermieten?

Unsere Häuser in Münster liegen traditionell immer an der unteren Grenze des Mietspiegels, mit Pachten handhaben wir das entsprechend.

So können bei bebauungsfähigem Grund sonst Benachteiligte, insbesondere Familien mit Kindern, gefördert werden.

Auf Boden des Domkapitels im Bereich Bohlweg betilligen wir uns gerade im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus an einer Wohnanlage für sozial Schwache.



Auf den Weihnachtsmärkten hat kaum jemand neuer eine Chance auf einen Stand. Wie wäre es, wenn dort Arbeitslose die Chance zum Geldverdienen erhielten?

Ein guter Gedanke aus meiner Sicht: Wo wir das Sagen haben, könnte man über ein oder zwei Buden nachdenken. Das werde ich als Anfrage weitergeben.

Zur Solidarität in der Gesellschaft zurück: Kindergeld wird an alle verteilt – de facto nur nicht an Sozialhilfeempfänger. Die wirklich Bedürftigen bekommen es direkt wieder abgezogen – was in der breiten Öffentlichkeit wenig bekannt ist. Finden Sie das gerecht? Was sollte man ändern?

Zuerst:

Das habe ich so nicht gewußt. Für die, die es nötig haben, sollte es das Kindergeld ohne Anrechnung auf andere Leistungen geben, die anderen brauchen es ja eigentlich gar nicht.

Die erneute Verschiebung der Kindergeld-Erhöhung finde ich auch bedauerlich.

Uns ist klar:

Kindererziehung bringt doppelte Benachteiligung – durch die höheren Belastungen in der Kinderphase und durch die später schmalere Rente wegen der geringeren Aufstiegschancen. Da muß es einen gerechteren Lastenausgleich geben, wir reden ausdrücklich von einem Familienleistungsausgleich. Mit der heutigen Regelung sind die Leute mit Kindern immer benachteiligt.

In Münster soll – auf Anregung auch der SPERRE – der Münster-Paß für Ermäßigungen im öffentlichen Nahverkehr und bei Eintrittsgeldern eingeführt werden. Statt für alle Geringverdienenden wird nun eine abgespeckte Version nur für Sozialhilfeempfänger und nur für Fahrkarten anvisiert. Was halten Sie davon?

Die Kirche unterstützt das auf jeden Fall. Das ist so eine Abfederung in Zeiten der schwindenden Vollbeschäftigung. Andererseits

kann ich verstehen, wenn eingewendet wird, von Sozialhilfe solle man nicht ganz groß leben können ...

Ich habe noch niemanden kennengelernt, der gerne getauscht hätte, als er wußte, wie es da zugeht.

Da muß man natürlich immer dazusagen, daß es das nicht gibt, sich in der Sozialhilfe wohl zu fühlen. Vielleicht sollten mehr Leute mal probieren, mit einem solchen Betrag nur einen Monat auszukommen.



Ein Pfarrer in Nienberge hat nach zwei Wochen aufgegeben: Für Ansprüche wie frisches Obst, Milch oder Wurst genügt es einfach nicht ...

Armut macht ja bekanntlich kränker. Eine jüngste finnische Studie ergab für Arbeitslose eine doppelt so hohe und für Langzeitarbeitslose sogar eine vierfache Sterblichkeit gegenüber „normal“!

Das glaube ich schon.

Stichwort Weihnachtsbotschaft – auf welche frohe Botschaft für ihr irdisches, real-soziales Dasein können sich die Leidenden dieser Gesellschaft freuen? Was erwarten Sie von dem Jahresend-Kanzlerwort außer den alljährlich austauschbaren leblosen Beschwörungsformeln?

Daß wir aufgrund unseres Glaubens zur Solidarität, zu größerer Gemeinsamkeit aufgefordert sind. Darum brauchen wir eine europäische, wenn nicht eine Welt-Sozialcharta.

Wenn hier Arbeitsplätze verloren gehen und anderswo entstehen, heißt das nicht die Entbindung von sozialer Verantwortung.

Ein zweites möchte ich mir vom Kanzler wünschen: daß zum Familienlastenausgleich keine leeren Worte mehr fallen. Meine dritte Erwartung: einerseits nichts beschönigen, doch andererseits berechtigte und begründete Hoffnungen aufzeigen – da fehlt es bisher an beidem.

Im neuen Arbeitsförderungsreformgesetz wird ja allen Ernstes behauptet, da wir keine Arbeitsplätze zur Verfügung hätten, könnten wir gar nicht wissen, ob die Arbeitslosen überhaupt arbeiten wollten – deshalb sollen sie arbeiten trainieren, und zwar für ihr Arbeitslosengeld!

Unerträgliche Spielwiesen gibt es da. Die Leute wollen doch 'was Sinnvolles tun in ihrem Leben.

Arbeit ist ja nicht nur Geld, auch Ansehen ...

... Selbstverwirklichung und -bestätigung. Wir haben die schwere Verpflichtung, da immer wieder den Finger draufzulegen, die Arbeitslosigkeit nicht einfach hinzunehmen. Initiativen Ihrer Art gehen einen anderen Weg:



Sie schauen nach neuen Arbeitsmöglichkeiten und fördern sie.

Phantasie und Gerechtigkeit – das sind die zwei Dinge, die gefordert sind!

Vielen Dank, Herr Weihbischof Ostermann, für das Gespräch mit Ihnen.



LOWI-Vortrag diskutiert Schuldenlawine



Jörg Gude, Volkswirt u. Jurist, Prof. Dr. Ernst Helmstädter, Volkswirtschaftswissenschaftler u. ehem. „Wirtschaftsweiser“, Referent Helmut Creutz, „Geldsystemforscher“.

Foto: Nothnagel

DER „CREUTZ“ MIT DEM GELD-SYNDROM

Vernichtende Kritik am derzeitigen Geldsystem übte Helmut Creutz in seinem Vortrag „Kapitaler Kollaps“. Der Kenner zahlreicher Wirtschaftsbranchen und „Geldsystem-Forscher“ referierte auf Einladung von Münsters bargeldlosem Tauschring LOWI e. V. im rasselvollen Rjasan-Saal des Stadthauses II und lieferte reichlich Zündstoff für die anschließende Podiumsdiskussion.

Creutz breitete eine stoffreiche Bestandsaufnahme des nationalen und internationalen Wirtschaftssystems aus. Seine Bilanz: Die Zinsen sind an allem Schuld. Zur Unterstützung seiner These führte der Autor des Buches „Das Geld-Syndrom“ erschreckende und verblüffende Daten vor.

Mittlerweile beträgt die Gesamt-Zinslast auf den Erwerbstätigen-Einkommen 22 % (1990); sie stieg damit in 40 Jahren auf das 3,5fache – das heißt elf Wochen des Jahres arbeiten für die Schuldentilgung! Der Grund dafür: Die Zinssätze laufen dem Wirtschaftswachstum davon. Gleichfalls im Ungleichgewicht mit dem Bruttosozialprodukt befinden sich die Geldmenge, die von den Notenbanken beliebig vermehrbare sei, und die Geldvermögen bzw. Schulden. Die Besitzverteilung ist inzwischen äußerst kraß: 10 % besitzen über 50 % der Vermögen, und laut UNO-Bericht „besitzen 360 Superreiche mehr als die halbe Menschheit“!

„Negatives Nettogeldvermögen“ nennt man gemeinhin Schulden – und die wachsen sowohl in unserer Volkswirtschaft als auch, direkt spürbar, bei den unteren Einkommensschichten. Denn die verdienen real immer weniger, sie können mit ihrem geringen Kapital nicht am Vermögenszuwachs teilnehmen (80 % verlieren!). Schlimmer noch: Die Arbeitslosenzahlen folgen in ihrer Entwicklung der Zinslastquote des Bruttosozialproduktes – und die weist ebensolche Sprünge nach oben auf wie die Zinssätze am Kapitalmarkt. Schmalere Unternehmensgewinne lösen so immer weitere Entlassungswellen aus. Fürs nächste Jahr prognostizierte Creutz zusätzliche 400 000 Arbeitslose.

Um den „drohenden Staatszusammenbruch“ aufzuhalten, gibt es laut Creutz nur einen Ausweg: „Zinsen und Wachstum müssen gegen Null gehen.“ In einem begrenzten Raum sei eben kein unendliches Wachstum möglich, und ein Zins dürfe nur hoch sein, so lange das Geld knapp sei.

Hiermit gab er das Stichwort für die phasenweise heftigen Kontroversen in der zeitlich zu knapp bemessenen Podiumsrunde. Vehemente Verfechter der Gesellschen Theorie, daß Zinsen nur als Umlaufsicherung da zu sein hätten, andererseits das Horten von Geld wie das anderer Güter mit Lagerkosten zu versehen sei, warfen dem Ex-Wirtschaftsweisen Prof. Dr. Ernst Helmstädter an den Kopf, „nichts verstanden“ zu haben und mit unpräzisen Begriffen zu jonglieren. Der hatte in einem Rundumschlag konstatiert, außer den kritisierten hohen Zinsen gebe es nichts neues bei Creutz und auch keine Probleme – Lösungsvorschläge blieb er daher schuldig.

Als Lösungsansatz im kleinen gegen die „Krebsgeschwulst Wachstum im Körper der Volkswirtschaft“ lobte Creutz bargeldlose Wirtschaftsalternativen wie Tauschringe. Die vielzitierten Ökosteuern allerdings machten nur Sinn bei Zinssätzen nahe Null.

Und so hüllte sich die Zukunft der Geldwirtschaft für viele der Nicht-Insider in so eisiges Dunkel wie der Stadthaus-Turm in jener Nacht. *nodi*

Einladung zum Feiern
in Gemeinschaft

„OFFENE WEIHNACHT“ AM HEILIGABEND

Einsame Weihnachten müssen nicht sein: Alle Jahre wieder lädt das Stadtdekanat Münster herzlich zur gemeinschaftlichen „Offenen Weihnacht“ am Heiligabend um 19 Uhr in die Martini-Pfarrei.

Die Gäste können mit der Gemeinde der Botschaft des Evangeliums zuhören und Weihnachtslieder singen. In der von Studenten des Kentenich-Kollegs mitgestalteten Feier kümmern sich Bundeswehr-Köche um das leibliche Wohl.

Für den Fall der Fälle hält die Projektgruppe „Offene Tür“ einen kostenlosen Fahrdienst bereit, um Gäste wohlbehalten zurückzubringen. Wer als Gehbehinderte(r) auch aufs Abholen angewiesen ist, sage bitte am 23.12.96 Bescheid unter Tel. 29 49 07, Hr. Erwin Stoot. *nodi*

Look at the world through
women's eyes



1995 Forum on Women
from the 1995 Women's World
Forum in Beijing

مؤتمرات المرأة في بكين 1995

„Die Ergebnisse von Peking
nach Hause tragen“

- § 218-Gruppe Münster -

Die 40-seitige Broschüre gibt es
für DM 2,- im Frauenbuchladen,
Buddenstraße 22

Radlos ?

Neue und
gebrauchte Fahrräder

mon - frei 13-18 Uhr
Dortmunder Str. 11
Tel: 06 57 61

LILA LEEZE
FRAUENFAHRRADWERKSTATT



SPIELPLAN

Januar – Februar 1997

Freitag 10.01.
Zertanzte Perlonzzeit

Samstag 11.01.
Ungeliebte Geschenke

Freitag 17.01./Samstag 18.01.
Kindheitserinnerungen

Freitag 24.01./Samstag 25.01.
Magischer Kreis

Freitag 31.01./Samstag 01.02.
Und sie drehen noch
Eine tragische Liebesgeschichte

Freitag 07.02./Samstag 08.02.
Hanou
von und mit Brigitte Dittrich

Freitag 14.02./Samstag 15.02.
Magischer Kreis

Sonntag 16.02.
Ohne Titel
Stegreifbühne (Gastspiel)

Freitag 21.02./Samstag 22.02.
Und sie drehen noch
Eine tragische Liebesgeschichte

Freitag 28.02./Samstag 01.03.
Das Parfüm

Kammertheater
Der kleine Bühnenboden
Schillerstraße 48a, 48155 Münster
Tel.: 66 17 59 und 27 19 57

Telefonische Kartenvorbestellung
wird erbeten.
Die Veranstaltungen beginnen
um **20.30 Uhr**,
wenn nicht anders angegeben.

Mit neuem Glück ins neue Jahr? Abschied nehmen vom allem Alten, Daherbergebrachten? Aufbruch zu neuen Ufern? Wer unter uns machte sich nicht solche Vorsätze fürs neue Jahr? Sie wissen es nicht? Wir schon. Der am längsten amtierenden Kanzler unserer Republik. Freiwillig geht der nie. Das einzige Ade, was dieser Mann hören will, ist das vor Nauer. Jetzt und in alle Ewigkeit. Deshalb SPERRE lesen und Klappe aufreißen. Nur noch 22 Monate bis zur nächsten Bundestagswahl. Die Lösung des letzten SPERRE-Rätsels bekommen Sie schon jetzt: Die richtige Antwort des Erwachsenenrätsels hieß „Karamel“. Da jede richtige Antwort gewann, verzichten wir diesmal auf eine Namensnennung der vielen Gewinner. Das Lösungswort unserer Kinderrätselgeschichte lautete „Elefant“. Die glückliche Gewinnerin war: Stefanie Messmann aus Münster.

Nun zu unserem neuen Rätsel:

Gesucht wird eine Eigenschaft, die nicht zwangsläufig Folge von Armut ist.

Das Lösungswort ergibt sich aus den umrandeten Feldern und zwar von oben nach unten.

Alle Fragen beziehen sich wie üblich auf Artikel dieser Ausgabe.

Das gibt es diesmal zu gewinnen:

Je einen von drei Familiengutscheinen (Eltern und ihre Kinder bis zum Alter von 17 Jahren) für einen Besuch des Allwetterzoos Münster. Der Gutschein ist an jedem beliebigen Tag bis zum 31. Dezember 1997 gültig.

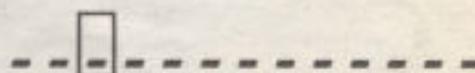
Teilen Sie uns bis zum 03. Februar '97 am Telefon (51 11 21) oder per Post die richtige Antwort mit.

Wir bedanken uns beim Allwetterzoo Münster für die freundlichen Spende. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Viel Glück.

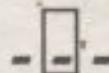
Nimmt Maß in Sachen
Arbeitsvermittlung



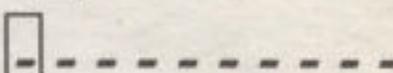
Weihbischof Ostermann fordert
Phantasie und ...



Very important für junge Straffällige



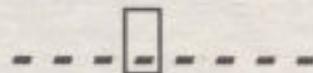
Vermeintlich der Arbeitslosen höchstes
Kriminal-Pläsier – Sozial...



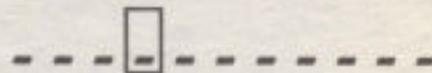
Lud zur „Creutz“-weisen Schuldenabrechnung.



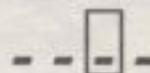
„VIB“ ist das erste münstersche
Frauen- ... buch



Einen ... nach Fristablauf ermöglicht
das Sozialgesetzbuch



Für die wenigen, die noch eine ABM
bekommen, gibt's auch weniger ...



Der münstersche „Liebling“ gibt
Praxistips



KEIN STILLSTAND OHNE STELLE
– Stammtisch für Arbeitslose und Interessierte –
Austausch von Ansichten, Anregungen und Auswegen.

Regelmäßige Treffen
jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr
im SPERRE-Keller gegenüber vom cuba.

Kontakt:
Maria Hamers, Arbeitslose brauchen Medien e.V.,
Achtermannstraße 7
Tel.: 51 11 21



KALTE FREUNDE

«Ist hier niemand?»
Isabell war zum ersten Mal in einer Polizeistation. Der Schalter, vor dem sie stand, war so hoch, daß sie nicht darüber hinwegblicken konnte.

Ein dünne Rauchsäule stieg dahinter empor. Der alte Wachtmeister hatte es sich gerade mit einem Pfeifchen im Lehnstuhl gemütlich gemacht.

«Bei dem Sauwetter kommt sowieso niemand zur Polizei!», brummte er.

«Doch, ich!», sagte Isabell.

Sie stellte den alten Kochtopf, den sie die ganze Zeit unter dem Arm getragen hatte, kopfüber auf den Fußboden. Sie stieg hinauf und konnte nun auf die andere Seite blicken. Der Wachtmeister saß genau unter ihrem Gesicht.

«Deine Haare fallen dir aus», sagte sie.

Schnell setzte der Wachtmeister seine Dienstmütze auf und drehte sich um: «Wachtmeister Hurtig. Kann ich Ihnen behilflich sein?»

Dann zeigte er auf ihre nassen Fußspuren, die von der Eingangstür bis zum Schalter führten:

«Was ist das für ein Dreck?»

«Matsch!», sagte Isabell.

«Hättest du deine Gummistiefel nicht am Eingang ausziehen können?»

Isabell schenkte seiner Frage keine Beachtung:

«Ich möchte eine Vermisstenanzeige aufgeben. Mein Freund ist spurlos verschwunden. Du mußt ihn wiederfinden!»

«Einen Moment mal!», unterbrach sie der Wachtmeister.

«Du bist hier bei der Polizei. Bei uns muß alles seine Ordnung haben. Du kannst hier nicht einfach so drauflosreden. Weißt Du überhaupt, was eine Vermisstenanzeige ist?»

«Klar», sagte Isabell. «Wenn jemand plötzlich weg ist, der sonst immer da war. Wenn der sich nicht einmal verabschiedet hat, dann muß die Polizei ihn suchen, weil er vielleicht entführt wurde oder sich verirrt hat.»

«Ganz genau», sagte der Wachtmeister. «Aber zuerst muß ich ein Protokoll aufnehmen.»

«Ein Proto...?», fragte Isabell.

«...koll», sagte der Wachtmeister.

«Ein Protokoll heißt, daß ich dir Fragen stelle und deine Antworten aufschreibe.»

Er spannte einen Bogen Papier in die Schreibmaschine: «Name?»

«Isabell», sagte Isabell.

I-S-A-B-E-L-L tippte der Wachtmeister mit zwei Fingern.

«Nachname?»

«Weiß nich'», antwortete Isabell.

W-E-I-S-S-N-I-C-H tippte der Wachtmeister.

«Alter?»

«Fünf», antwortete Isabell. «Im August werde ich sechs.»

«Bis dahin ist es ja noch ein halbes Jahr», sagte der Wachtmeister. «Wann und wo genau hast du deinen Freund zuletzt gesehen?»

«Gestern vor dem Schlafengehen habe ich noch einmal aus dem Fenster geguckt. Da stand er noch im Garten. Und heute morgen war er weg», sagte Isabell.

«Hatte er dich besucht?», fragte der Wachtmeister.

«Nein», sagte Isabell. «Er durfte nicht ins Haus. Mutter meinte, das sei nicht gut für ihn.»

«Dann bist du immer zu ihm gegangen?», fragte der Wachtmeister.

«Nein», antwortete Isabell. «Ich durfte nicht raus - wegen meiner Grippe.»

«Wie lange hast du denn die Grippe gehabt?», wollte der Wachtmeister wissen.

«Schon seit zwei Wochen», stöhnte Isabell, «bis heute.»

«Du Arme», sagte der Wachtmeister. «dann hast du ja gar nicht in dem schönen Schnee spielen können.»

«Nein», seufzte Isabell, «und von meinem neuen Freund habe ich auch nichts gehabt. Dabei hat Mama gesagt, daß ich ihn kennenlerne, sobald ich wieder gesund bin. Und jetzt ist er fort.»

«Was hat denn dein Freund den ganzen Tag über gemacht?», fragte der Wachtmeister.

«Eigentlich nichts», antwortete Isabell. «Er stand nur da und starrte zu meinem Fenster hinauf. - Obwohl ...»

«Obwohl, was?», fragte der Wachtmeister.

«Ich glaube, er hat oft unseren Hof gefegt», antwortete Isabell.

«Jedesmal, wenn ich zu ihm herunter sah, hatte er unseren Straßenbesen in der Hand.»

«Wie sah er denn aus?», fragte der Wachtmeister weiter.

«Schön!», antwortete Isabell.

«Nein, nein, ich meine, war er dick oder dünn, klein oder groß?», fragte der Wachtmeister.

Auf!
auf

zum ungewöhnlichen Kinderkaufhaus

Jetzt auch Spiele für Erwachsene!

MUKK
Königsstraße 59
nahe Rothenburg, Münster

«Ganz, ganz dick», lachte Isabell und zeigte mit den Händen, wie dick ihr Freund war.

«Sein Bauch war wie eine Kugel und seine Beine auch. Aber die konnte man nicht sehen, weil er einen langen weißen Mantel mit pechschwarzen Knöpfen anhatte.»

«Und sein Gesicht?», fragte der Wachtmeister.

«Das war kreidebleich. Bis auf seine Nase, die war spitz und leuchtete rot, und seine Augen, die dunkel glänzten», erzählte Isabell.

Der Wachtmeister rieb sich am Kinn: «Vielleicht finden unsere Spürhunde ihn. Hast du irgendetwas, was ihm gehört? Wenn die Hunde daran riechen, können sie seine Fährte aufnehmen.»

Isabell kramte in den Taschen ihres Anoraks und legte neun nasse Eierkohlen und eine verschrumpelte Mohrrübe auf das Schalterbrett.

«Paß doch auf. Du machst ja alles schmutzig», schimpfte der Wachtmeister.

«Diese Sachen lagen dort, wo er immer gestanden hat», sagte Isabell.

«Und das hier ...»
Isabell stieg von dem alten Kochtopf herunter und hielt ihn mit erhobenen Händen dem Wachtmeister direkt unter die Nase.

«Das hier ist sein Hut.»
«Du hast schon einen merkwürdigen Freund», sagte der Wachtmeister.

Er blickte aus dem Fenster und dachte angestrengt nach.

Die Eisblumen waren verschwunden. Draußen an der Scheibe rann Wasser herunter, das aus der Dachrinne schwappte.

«Ich hab's!», rief er plötzlich.
«Es ist zwecklos, deinen Freund zu suchen. Der ist für immer verschwunden. Jetzt weiß ich, wer oder – genauer gesagt – was dein Freund war.» *uzw*

Tips aus der Anwaltspraxis

LIEBLING, KREUZVIERTEL

Folge 1: Unangemeldete Arbeit mit Konsequenzen

Wilhelm Achelpöhler



Foto: privat

Als Klara A. das Schreiben liest, fällt sie aus allen Wolken: Das Arbeitsamt fordert Leistungen für volle drei Monate zurück! Es hatte herausgefunden, daß sie neben ihrem Leistungsbezug vorübergehend gearbeitet und verdient hatte – doch das war ja nur eine Woche.

Unverständlich bleibt ihr, wieso für mehrere Wochen danach ebenfalls das Arbeitslosengeld zurückgefordert wird – sie war schließlich weiter arbeitslos gewesen.

Das Bundessozialgericht billigte vor kurzem diese Praxis des Berliner Arbeitsamtes (Vgl. Infos-Recht, SPERRE 3/96, S. 9), anders als zuvor die unteren Sozialgerichte Berlins.

Klar ist:

Nur wer sich persönlich arbeitslos meldet, hat Anspruch auf Leistungen – das war bei Klara A. der Fall gewesen.

Das höchste Sozialgericht sagt jetzt: Das gilt auch dann, wenn zwischenzeitlich gearbeitet wurde, und zwar unabhängig davon, ob dies dem Arbeitsamt pflichtgemäß mitgeteilt wurde! Denn die Aufnahme der Arbeit (mit entsprechendem Umfang und Verdienst) beende auf jeden Fall zunächst den Anspruch auf Leistungen.

Die absurde Konsequenz für Klara A.: Sie hätte sich nach ihrer einwöchigen Arbeit, von der das Arbeitsamt noch nichts wußte, erneut arbeitslos melden müssen. Über die verwunderte Reaktion des Sachbearbeiters „Wieso, sie sind doch bereits arbeitslos gemeldet?“ hinaus käme dies einer Selbstanzeige gleich.

Ein gerichtliches Nachspiel wegen Ordnungswidrigkeit oder Betrug winkte ihr – je nachdem, wieso Klara A. das Amt nicht von ihrer Arbeitsaufnahme hat wissen lassen. Die Logik der Bundessozialrichter führt also direkten Wegs ins Strafrecht, eigene Mitwirkung gerne gesehen.

Die Bedenken gegen diese Rechtsprechung liegen auf der Hand, ebenso die Vorreiterrolle der Berliner für die anderen Arbeitsämter.

Welchen Ausweg gibt es noch für Leistungsempfänger, die versehentlich vorübergehende Beschäftigung nicht gemeldet haben? Zwar steht nicht der Verlust des bestehenden Leistungsanspruchs auf dem Spiel (der würde entsprechend aussetzen und wieder aufleben); doch mindestens steht eine Rückforderung des bis zum Zeitpunkt der erneuten Arbeitslosmeldung bzw. bis zum Entdecken der nicht angegebenen Beschäftigung ins Haus – mit möglicherweise existenzbedrohenden Folgen.

Das Urteil klärt nicht eindeutig, ob es immer einer ausdrücklichen Antragstellung auf Arbeitslosengeld/-hilfe bedarf, oder ob es ausreicht, dem Arbeitsamt auf andere Weise die (erneut) fortbestehende Beschäftigungslosigkeit zu vermitteln – etwa durch eigene Erkundigung nach offenen Stellen. Denn das Gericht stellte gleichfalls fest, daß die Meldung der/des Arbeitslosen nach dem Muster des vorgeschriebenen Drei-Monats-Intervalls zur Wahrung des Leistungsanspruches ausreichen soll.

Wilhelm Achelpöhler, Rechtsanwalt, Münster

Wenn ihr auch wißt, wer der Freund von Isabell war, dann schreibt oder malt die Antwort auf eine Postkarte und schickt sie uns bis zum

3. Februar 1997.

Unsere Adresse findet ihr auf Seite 3. Und das gibt es zu gewinnen:

Bin ich ein Esel – das witzige Ratespiel für 2 bis 4 clevere Kids ab 7 Jahren.

Außerdem als 2. Preis: **Schwarzer Peter Tiger & Quartett.**

Gestiftet wurde diese Preise von der Spielecke 2 in Münsters ungewöhnlichem Kinderkaufhaus (MuKK).

AM

Arbeitslose brauchen Medien e. V.

Achtermannstr. 7

Tel.: 51 11 21

Fax.: 4 79 14

Termine:

Mo.-Fr.	Allg. Öffnungszeiten	10.00-18.00 h
Di.	Schreibwerkstatt	11.00-15.00 h
Mi.	Offener Treff	11.00-13.00 h
	Graphische Gestaltung	13.00-15.00 h
Do., Fr.	Beratung nach dem AFG	11.00-13.00 h

Weitere Termine nach Vereinbarung

Die Sendung zum Thema: **W.A.S.**

Wohnen, Arbeiten, Soziales auf Radio Antenne Münster
jeden 4. Donnerstag im Monat von 18.04-19.00 Uhr

Lust, zu schreiben?

Ohne Berufspraxis endet der Absprung ins Arbeitsleben allzuoft im kalten Wasser der Arbeitslosigkeit.

Das muß nicht sein.

In der SPERRE können angehende JournalistInnen ihre ersten Schwimmversuche machen.

Wir suchen freie MitarbeiterInnen

für

Text, Layout, Fotografieren,
Anzeigenakquise, Verteilung und
was sonst alles so anfällt.

Allerdings:

Im Geld schwimmen werdet Ihr nicht.

Denn:

Talentierte Workaholics ohne
pekuniäre Ambitionen werden
bei gleicher Qualifikation bevorzugt.

☎ 0251/51 11 21



Mo-Fr: 17.00 - 1.00
Sa: ab 17.00, bei Disco ab 21.00
So: 18.00 - 1.00

48143 Münster
Achtermannstr. 10
Tel. 0251 / 58 217

Arbeitslosenzentrum im cuba

Achtermannstr. 10 - 12



Mi. u. nach Vereinb.	Projektberatung Beratung zu ABM und anderen Beschäftigungsmaßnahmen Tel: 51 19 29	10.00 - 12.00 h
Mo. u. Mi. Di. u. Do.	Arbeitslosenberatung speziell für Langzeitarbeitslose (Allgemeine Öffnungszeiten: Mo. - Fr. 09.00 - 13.00 h, Mo. u. Do. 14.00 - 18.00 h, Di. u. Mi. 14.00 - 16.00 h) Tel: 51 19 29 und 5 81 75	15.00 - 17.00 h 09.00 - 12.00 h
nach Vereinb.	Rat & Tat, individuelle Beratung zur beruflichen Wiedereingliederung Tel 51 88 80	
Di. u. Do. Do.	sic - Sozialhilfeberatung im cuba Tel: 5 88 56	10.00 - 12.00 h 14.00 - 16.00 h
Do. u. n. Vereinb.	Beratung für Schwangere und Alleinerziehende Tel: 5 88 56	10.00 - 12.00 h
Mo., Mi.	Sozialhilfesorgentelefon Tel: 4 35 44	15.00 - 17.00 h